

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 8.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 24. Februar 1912.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kapallerstr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Allen, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textiloerbund Düsseldorf.

14. Jahrg.

Der Einfluß der sozial-ethischen Erziehungsarbeit der Gewerkschaften auf die Volkswirtschaft.

Die Volkswirtschaft ruht auf der menschlichen Arbeit. Die Produktivität der Arbeit aber hängt wesentlich davon ab, ob sie eine freie menschliche Betätigung oder eine erzwungene Leistung ist, die sich unter dem lähmenden Druck der Sklaverei in irgend einer Form vollzieht. Wer an die Willensfreiheit glaubt, der wird begreifen, daß der Mensch je nach seiner inneren Zustimmung eine Aufgabe schlecht oder gut lösen kann, der wird also auch zugeben müssen, daß die willig getane Arbeit stets besser ausfallen muß, als die mit Abscheu vollbrachte. Deshalb gebietet, ganz abgesehen von übernatürlichen Rücksichten auf die Menschenwürde, schon die ungetriebene, natürliche Vernunft die Beseitigung der Zwangsarbeit. Schon bevor das Christentum seinen verklärenden Schein auf die Menschenseinlichkeit warf, haben kluge Heiden die Erfahrungstatsache anerkannt, daß Freigelassene bessere Arbeitsergebnisse erzielten als Sklaven. Wieviel mehr mußte die christliche Religion der Menschenachtung und Gerechtigkeit, deren ganze Moral auf der Voraussetzung der Willensfreiheit beruht, die unwürdigen Ketten lösen. Nun ist aber hinlänglich bekannt — und Arbeitern braucht man die Wahrnehmungen ihres täglichen Lebens nicht erst zu wiederholen — daß es außer der antiken Versklavung und der mittelalterlichen Hörigkeit noch zahlreiche Formen der Herabwürdigung des Menschen zum willenlosen Werkzeug gibt.

Waren es nicht weitblickende Volkswirte, die ziemlich bald den bedenklichen Gang zur Menschenversklavung in der kapitalistischen Wirtschaft erkannten? Und haben sie nicht im Interesse der gesamten Wohlfahrt gegen die Entartungen der „neuen Zeit“ protestiert? Bevor die gedrückten Arbeiter selbst an die Freimachung aus ungerechten und unwürdigen Zwängen dachten, haben Sozialreformer und Nationalökonom aller Färbungen die Freiheit der Arbeit gepredigt. Und doch, weder die politisch-radikalen Bestrebungen, noch die wohlmeinenden Mahnungen friedlicher Sozialreformer haben viel an harten Tatsachen des Wirtschaftslebens ändern können. Es galt eben, da die Ketten zu lösen, wo sie geknotet waren, d. h. die Befreiung der Arbeiterklasse mußte mit der Reform des Arbeitsvertrages einhergehen.

Als im Jahre 1848 so überlaut die politische Gleichberechtigung gefordert und auch größtenteils für das arme Volk erreicht wurde, da war es ein Sozialtheoretiker des Christentums, Bischof Ketteler, und einige Praktiker der Berufsorganisationen, die übereinstimmend betonten, die bürgerliche Gleichberechtigung mache den kleinen Mann noch nicht frei, frei könne er erst werden, wenn sein Verhältnis zur Arbeit- und brotgebenden Industrie, zum Kapital geändert sei.

Die Führer der ersten Buchdruckerorganisation begannen damals den ruhmreichen Kampf um die gewerbliche Mitbestimmung der Lohnarbeiter, um die Tarifgemeinschaften. Und seitdem hat sich in der ganzen Arbeiterschaft trotz Verständnislosigkeit und revolutionäristischer Begriffsverwirrung, der Gedanke durchgerungen, daß der individuelle Arbeitsvertrag nur Scheinfreiheit bringe, eine oberflächlich, freiheitlich vergoldete Sklaverei sei, während allein der korporativabschließende Arbeitsbedingungen schlichte, aber solide Fortschritte nach sich ziehe und zur endlichen Befreiung führe.

Wie aber wären Tarifabschlüsse ohne Gewerkschaften möglich, da doch diese die unentbehrliche Basis jeder Korporation der Lohnarbeit sind?

Wie kann z. B. ein Sozialpolitiker den Arbeitsvertrag der Gegenwart, die Tarifvereinbarung preisen, ohne dankbar der ihm erst ermöglichenden Gewerkschaften zu gedenken? Und unbefristete Tatsache ist, daß die wahren Freunde nationalen Wohlstandes und sozialen Friedens nicht müde werden, den korporativabschließenden Arbeitsvertrag zu empfehlen, zuweilen sogar mit Illusionen, die wohl erhebliche Enttäuschungen zur Folge haben dürften. Damit glaube ich, genügend angedeutet zu haben, daß man sich heutzutage im Vorzug der freien, gleichberechtigten, gegenüber der versklavten Arbeit so ziemlich einig ist, und daß auch unter ernsten, wissenden Leuten der Wahn geschwunden, auf individualistischer Grundlage lasse sich eine befriedigend freiheitliche Regelung des Arbeitsverhältnisses unter Mitbestimmung der Arbeiter herbeiführen. Es bleibt mir nur noch, das etwas näher auszuführen.

Ist der Arbeiter ein rechtloser Knecht, ein entmenschetes Werkzeug, dann muß er allmählich in Wirklichkeit zu dem werden, wozu ihn einige machen möchten, nämlich zum gefühllosen Maschinenglied. Damit würde aber der Industrie die so unentbehrliche Gegenleistung an denkender, gewissenhafter Hingabe an tägliche Werk abhandeln gehen. Das Wohl des Geschäfts, der Vorteil des Arbeitgebers, der Ruhm der Industrie, all das ist ihm so gleichgültig, wie die fernliegenden Dinge. Seine Tätigkeit verrichtet ein solcher Industriefnecht mechanisch, wie man es ihm ja auch nicht anders zutraut. Was kümmert es ihn, wenn die Werkzeuge verderben, Rohmaterialien verschwendet werden, das Produkt leidet? Höchstens die Fehler vermeidet er, die Lohnabzüge zur Folge haben. In das Reuommen seiner Firma, das Wohl des Käufers denkt er nicht. Und doch, muß er nicht auch von dem Gelde mitleben, das sein Arbeitgeber einnimmt, wäre nicht der Rückgang seines Gewerbes eine Bedrohung seiner Existenz, sind nicht die unbekanntesten Abnehmer der so jahrelang hergestellten Waren vielleicht seine Standesgenossen, die für ihr gutes Geld betrogen werden? Aber wie oft folgt auf die anfängliche Indifferenz und Abstumpfung jener unbestimmte Klassenhaß, den die Sozialdemokratie so gut politisch verwerten kann und deshalb aufpeitscht. Dann bereitet es dem Arbeiter eine gewisse boshafte Freude, wenn der Unternehmer Schaden hat, wenn der Arbeitsprozeß verlangsamt wird, wenn die Firma Schaden trifft, besonders, wenn er auf ihre Kosten ein Stücklein des Nichtstuns genießen kann, auch auf die Gefahr hin, daß durch seine Unachtsamkeit hohe Werte vernichtet werden. Wenn der Klassenkämpfer manchmal wußte, wie sehr er sich durch solche Gewissenlosigkeiten gegen das richtig verstandene Wohl seiner eigenen Klasse vergeht und wie er jene Allgemeinheit schädigt, der er angeblich sein ganzes Leben als Kämpfer für Fortschritt und Zukunftstüchtigkeit widmen will, er erschaute vor der Inkonsequenz, die sein ideales Wollen und sein alltägliches Tun auseinanderreißt.

Wie anders der tüchtige Gewerkschaftler. Zunächst ist im Organisierten die belebende Hoffnung wach geworden, daß sein trostloses, entwürdigendes Arbeitsverhältnis zu besserem ist. Auch wenn er, als programmtreuer Sozialdemokrat theoretisch an die Sanierungsmöglichkeit der bürgerlichen Gesellschaft nicht glaubt, er rechnet doch als Gewerkschaftler wachsend mehr mit dieser erfreulichen, hebeenden Aussicht. Er wird zuverlässlicher, sein Selbstvertrauen wächst, sein Interesse am Leben der täglichen Arbeit nimmt in dem Maße zu, in welchem sich seine Wünsche und Erwartungen an diese einfüllen für so hoffnungslos elende Wirklichkeit mühen. Ganz von selbst fängt er als Mitkämpfer am praktischen Reformwerk an, sich für das Einzelne zu interessieren, beständig mit einzugreifen, die Kräfte offen zu halten. Wer aber einmal die revolutionären Scheuklappen oder die Schuppen des Stumpfsinns

abstreift, der entdeckt nicht nur die Schäden, sondern auch die Lichtseiten der Umgebung. Der Gewerkschaftler lernt viel an seinem Arbeitsvertrag als reformbedürftig, aber auch mancherlei als gut und anderen Zuständen vorzuziehen erkennen. Da er mit seinen Kameraden fordernd an den Arbeitgeber herantritt, wird er auf Schritt und Tritt aufmerksam gemacht, daß dem Geltendmachen des Rechtsanspruchs auch die treue Erfüllung gewisser Verpflichtungen folgen muß. Wie viele, politisch noch so radikale Arbeiter, sind im Arbeitsverhältnis wahre Mustermenschen der Gewissenhaftigkeit, wenn auch manchmal nicht aus ethischen und kaum je aus übernatürlichen, so doch aus rein praktischen Gesichtspunkten. Sie sagen sich in einfacher Berechnung, daß sie um so mehr erzielen, je tüchtiger und zuverlässiger, je unentbehrlicher sie sich zeigen. Nun beginnen sie bald auch über das Verhalten ihrer Mitarbeiter eine Kontrolle auszuüben, denn sie, denen so viele heiße Hoffnungen an der Gewerkschaftstätigkeit hängen, möchten nicht, daß schlechte Elemente die Organisation kompromittieren. Man kann nicht genug den ver sittlichenden und dem Arbeitsprozeß zugute kommenden Einfluß jener Gewerkschaftsmoral hervorheben, die sich im beruflichen Ringen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ausgebildet hat. Nicht bloß den heimlichen Lohndruck, nein auch die stümperhafte Arbeit, die Fahrlässigkeit, die Unanständigkeit will der Gewerkschaftler seinem Kollegen abgewöhnen, und wenn die Mahnungen versagen, bedient er sich dazu oft recht derber Mittel, gegen die man allerdings kaum je eine Zuchttafelvorlage erfinden wird, weil diese Seite der Gewerkschaftstätigkeit zu handgreiflich dem Arbeitgeber nicht.

Ist erst einmal eine Verbesserung gewerkschaftlich erzielt, dann regt sich auch die gesunde Freude am selbst erworbenen Fortschritt und an jener Arbeit, die nun durch ihn angenehmer und menschenwürdiger geworden ist. Wer aber gern arbeitet, der arbeitet doppelt gut. Und wenn gar durch einen zeitgemäß konstitutionell ausgebauten Tarifvertrag die Gleichberechtigung des Arbeiterstandes anerkannt und diesem die Möglichkeit der systematischen Mitwirkung am Gewerbetwohl garantiert ist, wie freudig widmet der im Herzen meist gut gestimmte Arbeiter seine besten Kräfte dem, das er bisher bekämpfte, nämlich dem Fortschritt der kapitalistischen Kultur. Man braucht diese Gesellschaft nur auf eine christlich-soziale, eine wahrhaft demokratische Grundlage zu stellen, und man wird sich wundern, wie ihre einstigen Feinde zu Pionieren ihrer Emporentwicklung umgewandelt werden.

Erfreuliche Beispiele des hingebenden Opfers organisierter Arbeiter für die Rettung eines Gewerbes oder das Fortbestehen einer Firma liefert sich hier aufzählen, doch möge jeder solche aus eigenen Erfahrungen und Erlebnissen zusammensuchen.

Nach dauernd helfen in manchen Tarifberufen die Gewerkschaften an der Hebung des Handwerks oder der Industrie auf dem Gesichte der Sozialreform, Wirtschaftspolitik und Selbsthilfe. Denken wir nur an die arbeitserzieherische Betätigung an Unternehmungen der Fachbildung, kunstgewerblichen vervollständigung usw., vergessen wir auch nicht, was oft schon durch korporativverträge am Gewerbe interessierte Gesellen der Handwerkerzugeschgebung, der Sanierung des Wettbewerbs, der Unterdrückung einer ungesunden Konkurrenz genügt haben und finden wir endlich einige Worte der Anerkennung für das Zusammengehen beider Parteien in der Einwirkung auf die Zollgesetzgebung, den industriefördernden Rohmaterialbezug und die Beschäftigung noch hilfbedürftiger Branchen. Gerade die christlichen Textilarbeiter haben, besonders in Bezug auf paritätische Arbeit in Fragen der Wirtschaftspolitik, schon manch

ruhmvolleres Blatt ihrer Gewerkschaftsgeschichte aufzuweisen. Mögen Sozialreformer und Volkswirte dies ja nicht übersehen! Mögen sie vor allem eines nicht außer Acht lassen, mehr als diese Einzelaktionen ist die sozialistische Tendenz derartiger Manipulationen wert. Durch sie entwirrt sich die Masse des Klassenkampfes und wurzelt sich tief und vertrauensvoll ein im Fundament der bürgerlichen Gesellschaft. Wo die Gesellschaft dem Arbeiter entgegenkommt, wo sie ihm diese heutige Wirtschaftsorganisation wohnlich macht und ihm seine heiligsten Menschenrechte verbürgt, da gewinnt sie im bisher verkannten armen Mann einen mächtigen Helfer und Mittkämpfer für wahre Freiheit und allgemein gültiges, alle gleichmäßig beschirmendes Recht.

Dr. Hannu Jule.

Notwendigkeit und Bedeutung der geistigen Bildung des Arbeiterstandes.

Die Gewerkschaft ist zwar vorwiegend zur Hebung der materiellen Existenzbedingungen des Arbeiters und zur Wahrung seiner Rechte im Wirtschaftsleben berufen, aber trotzdem, oder gerade deswegen, auch in hohem Maße an seiner intellektuellen Fortbildung interessiert. Ja, die geistige Hebung des Arbeiterstandes ist geradezu Vorbedingung für die Erringung und Erhaltung, wie auch für die richtige Verwertung gewerkschaftlicher Erfolge. Es genügt darum nicht, daß wir das Augenmerk allein auf die Erringung wirtschaftlicher Erfolge richten, wir müssen in der Organisation auch auf die Erfolge unserer Geisteskräfte bedacht sein.

In diesem Bestreben stoßen wir auf manche Hindernisse, vor allem in unserem Beruf. Anstrengende Arbeit in dumpfer stidiger Fabrikluft, nicht selten verbunden mit Unterernährung, schwachen Energie und Willenskraft. Die eintönige Beschäftigung, uninteressant durch die moderne Arbeitsteilung, unterbindet geistiges Streben und wirkt geradezu geisttötend. Was dem Leben des Arbeiters insoweit an innerem Gehalt abgeht, sucht er durch äußere Reizmittel zu ersetzen. Alkohol und vor allem die Vergnügungssucht sind manchen unserer Standeskollegen und -Kolleginnen eine willkommene Abwechslung. Beide aber erhöhen noch die Unlust und Unfähigkeit, sich geistig fortzubilden. Der Arbeiter wird speziell durch die Vergnügungs- und Genussucht verweichlicht, das Interesse für ernste Standesfragen erstickt.

Trotzdem dürfen wir in unserer Arbeit nicht erlahmen. Die entgegenstehenden Schwierigkeiten müssen überwunden werden, weil, wie oben schon erwähnt, die geistige Hebung unserer Berufskollegen und -Kolleginnen notwendig ist. Notwendig zunächst zur Verwirklichung unserer Gewerkschaftsbestrebungen. Wir bedürfen in der Organisation tüchtiger führender Kollegen, nicht nur als freigestellte Beamte, nein, auch in den Ortsgruppenleitungen. Kollegen, die sich durch ihre Kenntnisse und Fähigkeiten Achtung und Autorität zu erwerben und die Organisation vorwärts zu bringen verstehen. Wir müssen weiter überzeuge, beruht auf dem Boden unserer Bewegung stehende und vor allem auch opferwillige und opferfreudige Mitglieder haben. Mitglieder, die mit einem gesunden, wirtschaftlichen Vormarsstrebem einen praktischen Sinn für das momentan Erreichbare verbinden. Es muß uns auch gelingen, die Massen der Unorganisierten zu gewinnen. Und hier ist die geistige Rückständigkeit zweifellos das Haupthindernis, das sich uns entgegenstellt. Diese muß durch Überwinden, die Wege zum Bewußtsein ihrer Klassenlage und ihrer Standespflichten gebracht werden. Dann wird sie auch bereit sein, Opfer zu bringen.

Die geistige Hebung unserer Standes ist weiter nötig zur Ausnutzung der in unserer Sozialgesetzgebung enthaltenen Vorteile. Der Arbeiter muß über Wesen und Zweck derselben, sowie über deren richtige Bestimmungen orientiert sein. Wir bedürfen tüchtiger Vertreter der Arbeiterenschaft in den sozialen Institutionen (Arbeiterversicherung, Gewerkschaftszweck) Wahrnehmung der Arbeiterinteressen. Die Heranbildung solcher Kollegen und Kolleginnen ist speziell zur Zeit für uns äußerst wichtig. Die Reichsversicherungsordnung hat uns die Verhältniswahl gebracht. Das hat zur Folge, daß sich demnach die Zahl unserer Vertreter wesentlich erhöhen wird. Je tüchtiger und fähiger diese sind, desto günstiger der Einfluß unserer Tätigkeit auf die Entwicklung unserer Bewegung.

Auch die Durchsetzung im öffentlichen, vor allem im politischen Leben erfordert erhöhte Geistesbildung der Arbeiterenschaft. Die Klagen über ungenügende Berücksichtigung der Arbeiterenschaft seitens politischer Organisationen bleiben wirkungslos, wenn die Arbeiterenschaft nicht Kräfte zu präsentieren vermag, die nicht nur gewillt, sondern auch fähig sind, die Interessen ihres Standes in ruhiger, bestimmter Weise, unter Berücksichtigung des Bestehenden wahrzunehmen. Eine geistig freibewegte Arbeiterenschaft wird sich auch im politischen Leben durchzusetzen und die ihr hierbei hinderlichen Vorurteile und rückständigen Ansichten in anderen Kreisen zu überwinden vermögen. Dafür liefert die Geschichte der

christlich-nationalen Arbeiterbewegung des letzten Jahrzehnts einen glänzenden Beweis.

Welche Bedeutung haben nun die Bestrebungen zur geistigen Hebung des Arbeiterstandes? Zunächst wird der Person des Arbeiters mehr Achtung gezollt werden. Ein geistig hochstehender, fortgeschrittener Arbeiter wird schon im persönlichen Verkehr mit Angehörigen anderer Stände, im Verkehr mit seinen Vorgesetzten und den Behörden ganz anders behandelt wie ein geistig rückständiger, unwissender Arbeiter. Aber nicht nur die Person des Arbeiters, auch seinen Stand wird man bei geistiger Reife eher als gleichwertig und gleichberechtigt anerkennen. Um die Gleichberechtigung zu erringen, muß der Arbeiterstand nicht nur wirtschaftlich unabhängig gemacht und materiell gehoben, nein, auch die geistige Kluft zwischen ihm und den bestehenden Ständen muß gemildert und überbrückt werden.

Erhöhte Geistesbildung erleichtert dem Arbeiter auch Fortkommen in seinem Beruf. Persönliche Tüchtigkeit und Strebsamkeit sind auch heute noch eine wertvolle Eigenschaft im Kampf ums Dasein. Sie befähigen vor allem zur erfolgreichen Wahrnehmung der eigenen wie der Standesinteressen. Sie verringern die wirtschaftliche Abhängigkeit und fördern das Selbstbewußtsein.

Geistesbildung wirkt auch veredelnd auf Charakter und Gemüt. Ein gebildeter Arbeiter verachtet die Betäubung der Alltagsorgen durch Alkohol und Vergnügungssucht. Er strebt nach reinerer und edlerer Erholung. Nach solcher Erholung, die zugleich innere Werte schafft und dem Leben Gehalt gibt. Dadurch wird auch das Familienleben eines solchen Arbeiters nur gewinnen. Es wird ihm trotz der Sorgen auch eine Quelle reiner Freude und angenehmer Stunden werden.

Die Gewerkschaft selbst wird durch die geistige Hebung ihrer Mitglieder innerlich gefestigt und gewinnt dadurch an Macht und Ansehen bei Freunden und Gegnern. Die Zahl der opferfreudigen und fähigen Mitarbeiter erhöht sich. Dadurch wird auch das äußere Wachstum der Organisation gefördert und diese dadurch weit eher in die Lage versetzt, die materielle Lage der Mitglieder zu bessern.

Daß auch die Industrie an einer erhöhten Allgemeinbildung des Arbeiterstandes stark interessiert ist, haben wir früher schon in einem Artikel über „Berufsbildung“ dargelegt. Aber auch für Staat und Gesellschaft ist ein geistig gehobener Arbeiterstand von größter Bedeutung. Ein solcher erkennt die Gefährlichkeit revolutionärer Bestrebungen und läßt sich für solche nicht mißbrauchen. Er wird im Gegenteil bestrebt sein, auf dem Boden und unter Anerkennung der gegebenen Staatsordnung seinen berechtigten Forderungen Geltung zu verschaffen. Somit wirkt er auch staatsverhaltend.

Damit haben wir in kurzen Strichen ein Bild von der Notwendigkeit und Bedeutung der geistigen Hebung des Arbeiterstandes gezeichnet. Ueber die Mittel, die uns als Gewerkschaftler hierbei zu Gebote stehen, haben wir uns schon früher (Nr. 29 der Textilarbeiterzeitung, Jahrgang 1911) ausgelassen. Möge das vorstehend Gesagte unseren Mitgliedern und Ortsgruppenvorständen erneut zum Bewußtsein bringen, daß auf dem Gebiete der Geistesbildung auch bei uns noch manche Lücken auszufüllen sind. Streben wir darum unermüdet darnach, unser eigenes Wissen, wie auch das unserer Mitglieder, zu bereichern, denn: Wissen ist Macht.

Der neue Reichstag und die Sozialpolitik.

In der „Sozialen Praxis“ (Nr. 19, 8. Febr.) unternimmt es Professor Franke, die Aufgaben des neuen Reichstages auf dem Gebiete der Sozialpolitik in höchst bemerkenswerter Weise zu besprechen. Ausgehend von einer amtlichen Erklärung weist er einleitend darauf hin, „daß immer wieder der enge Zusammenhang zwischen Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und Landesverteidigung hervorgehoben zu werden verdient“. Zeitlich und auch wohl ursächlich gehe der beispiellose Aufstieg Deutschlands im Einklang mit der Sicherung des Vaterlandes und dem Fortschritte der sozialen Reformen. Das eine bedinge das andere. Das Gewerksleben eines Volkes sei ohne Einhaltung des Friedens und Sicherung gegen Angriffe von außen unaufrichtig gefährdet. Darum verlangt er vom neuen Reichstage, daß er Herz und Mute auf die Höhe der Leistungsfähigkeit bringe. Darin liegt auch eine Wurzel der Kraft für die Sozialpolitik.

Neben die Fortführung der Wirtschaftspolitik und die Sicherung unserer Wehrmacht hat jene Regierungserklärung als gleichberechtigte dritte Aufgabe die Sozialpolitik gestellt. Das ist unseres Wissens zum ersten Mal in einer bedeutsamen amtlichen Kundgebung geschehen, und wir verzeichnen diese Tatsache mit einiger persönlicher Genugung. Denn wir erinnern uns noch sehr wohl der gehässigen Angriffe, die unsere Staatsregierung und Reichsvereine verdächtigten, weil wir immer betonten: ebenso wichtig wie die militärische Rüstung, auch Finanz- und soziale Sozialpolitik ist die entscheidende Aufgabe sozialer Reformen, und wer diese vernachlässigt, veründigt sich gegen unser nationales Dasein. Jetzt tritt die Reichsregierung auf den gleichen Standpunkt und betont mit Nachdruck, daß die Sozialpolitik die Bürgerchaft einer friedlichen Entwicklung im Innern ist. Das ist der Schlüssel unseres Denkens und Handelns von jeher gewesen: der Reaktion wie der Revolution, der Sozialpolitik von oben wie dem Kampf von

unten haben wir immer die soziale Reform entgegengehalten. Daß die Regierung sich in kritischer Stunde offen zu dieser Überzeugung bekennet, bestärkt die Erwartung, daß sie, ermutigt durch die günstige Bilanz des letzten Reichstages, auch an den neuen Reichstag mit weiteren Forderungen der Sozialpolitik, die dem inneren Frieden dienen, herantreten will. Wird der neue Reichstag sie dabei im Stich lassen?

Franke meint, daß die Neuwahlen der Sozialpolitik keinen Abbruch getan hätten. Eine sozialpolitisch orientierte Mehrheit sei unter den bürgerlichen Parteien vorhanden. Von der sozialdemokratischen Partei erwartet er eine Wandlung in der parlamentarischen Taktik.

Ihre unfruchtbare Verneinung lastete lange Zeit wie ein Bleigewicht auf einer fruchtbaren Entwicklung der Sozialreform und ermutigte die Abneigung all derer, denen die wirtschaftliche, sittliche und geistige Hebung der Massen Opfer auferlegt. Erst in der jüngsten Zeit ist hier eine Wandlung eingetreten: die sozialdemokratische Fraktion des vorigen Reichstages hat gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien wichtigen Regierungsvorlagen zugestimmt, darunter dem Hausarbeitsgesetz und der Angestelltenversicherung.

Wie die Haltung der Sozialdemokraten, der nunmehr stärksten Partei, im neuen Reichstag sein wird, liegt im Dunkeln. Denn es wäre gewagt, manche Versicherung schaffensfreudiger Mitarbeiter an sozialen Reformen, die von leitenden Parteiblättern und einzelnen Führern nach den Wahlen laut geworden sind, als feste Werte in den politischen Kalkül einzustellen. Die Entscheidung für die künftige Haltung wird erst in der Fraktion und vermutlich auch nur von Fall zu Fall getroffen werden. Aber ein bestimmtes Moment wird sich dabei immer wieder geltend machen: votierte früher die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag gegen sozialpolitische Gesetze, so scheiterten diese nicht an diesem Widerstand, da eine starke bürgerliche Mehrheit für die Annahme sorgte. Jetzt aber beladen sich die 110 Sozialdemokraten mit jedem Nein mit der gewaltigen Verantwortlichkeit der Ablehnung von Maßregeln, die zwar häufig hinter den Wünschen, ja den Forderungen der Gesellschaft zurückbleiben, aber trotzdem der Arbeiterklasse eine sichtbare Erleichterung und Aufbesserung bringen. Den öden Standpunkt des „Alles oder Nichts“ kann sich eine Minderheit leisten, deren Votum an den Dingen nichts ändert, nicht aber eine große Partei, die häufig den Ausschlag gibt. Wie die Natur keine Sprünge macht, so geht auch der Weg der Sozialreform nur von Stufe zu Stufe zum Ziel aufwärts — wer praktische Politik treibt, freut sich des Erreichbaren und benutzt das Erreichte, um mehr zu fordern.

Wir teilen den Optimismus von Prof. Franke nicht. Wir glauben nicht daran, daß die Sozialdemokratie an ihrer jahrzehntelang geübten „Alles oder Nichts“-Politik mit einem Male abgehen und positiv an der Förderung unserer sozialen Gesetze mitarbeiten werde. Ihrer Stellung zum Hausarbeits- und Angestelltenversicherungsgesetz steht gegenüber ihre kindische, aber arbeiter-schädigende Haltung bei der Reichsversicherungsordnung, die sie ablehnte. Wir glauben, daß das Bleigewicht an der sozialen Gesetzgebung durch den Zuwachs der sozialdemokratischen Fraktion schwerer geworden ist. Es wäre ja im Interesse der Sache zu wünschen, wenn wir uns täuschten.

Bezüglich der Aufgaben des neuen Reichstages weist Franke darauf hin, daß es sich nicht allein handeln könne, um die Abwehr jeglicher Versuche, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu verschlechtern, „sondern auch eine Reform des gesamten Koalitionsrechtes durchzusetzen, die endlich Gleichheit und Gleichheit unter den Parteien des Arbeitsvertrages schafft“. Dann weist Franke zunächst darauf hin, daß die seit Jahren vorbereitete Neuregelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe den Reichstag beschäftigen soll. Eine Reform der Konturenklausel ist im Werke, das Erfinderecht bedarf eingehender Verbesserung, der Dienstvertrag der technischen Beamten muß endlich auf eine neue Rechtsgrundlage gestellt werden, die Ausführung der Reichsversicherungsordnung und der Angestelltenversicherung bedingt für manche Maßregel ein Genehmigen des Reichstages, die Arbeiterschutzvorschriften erweisen sich vielfach als unzulänglich (Großindustrie, Jugendschutz, Gitarbeiter u. a. m.).

Aber damit ist das soziale Aufgabengebiet des Reichstages noch nicht erschöpft. Die Frage des Tarifwesens muß in Angriff genommen werden. Die Tarifverträge „gilt es zu erweitern und zu kräftigen, die Schädlinge, wie monopolistische Herrschaftsgelüste und Unterdrückung der Minderheiten, auszurotten, das innere Leben gesunder Vertragspolitik zu stärken und ihren Geltungsbereich auszubauen. Mag es zurzeit auch noch zu früh sein, die in der Entwicklung begriffene Neugestaltung des Arbeitsvertrages, der in dem Boden der Gleichberechtigung und dem Verhandlungsprinzip wurzelt, in die festen Formen des Gesetzes zu gießen, so werden doch die wichtigsten Rechtsfragen nicht mehr aus der öffentlichen Erörterung entweichen. Und gleichen Schritt wird damit die Diskussion über den Ausbau des Einigungsweises gehen, das Arbeitskämpfe vorbeugt oder sie im Entstehen löscht. Dabei wird man erkennen, daß eine freizeitleiche Regelung des Rechts der Berufsvereine so wohl für die Arbeitgeberorganisationen wie auch für die Arbeiterverbände sich als notwendig erweist.

Wohin man auf dem weiten Gebiete der Sozialreform blickt, immer stößt man auf das Grundübel der Wohnungsnot. Was vom Reich und den Einzelstaaten, von Gemeinden, Baugenossenschaften, anderen Korporationen hier zur Steuerung des schlimmsten Übels getan ist, versinkt doch wieder in dem Meer von Jammer. Man höre nur: 600 000 Menschen in Groß-Berlin hausen in Kämnen, in denen jedes Gefäß mit 5-12 Personen besetzt ist, 350 000 Volkshäuser sind ohne Spielplätze. Man lese die hundertfachen, ergreifenden Schilderungen, man lese die Abbildungen dieser Lächer und Winkel, in denen Millionen von Menschen dahinstechen. Alle Fürsorge gegen die Sänglingssterblichkeit, alle Bekämpfung der Tuberkulose scheitert letzten Endes immer wieder an der Wohnungsnot. Trunksucht und Unsauberkeit, die

Verstörer der Familie und damit der Grundlage des Staates, wuchern üppig auf diesem Boden. Staatsmänner, Sozialpolitiker, Ärzte, Geistliche, Lehrer weisen unaufhörlich auf diesen Herd alles Unheils hin. Und während wir noch befrüchtigt die Bittern unserer Volkstumzunahme betrachten, sinkt die Geburtenzahl immer tiefer, verringert sich die Wehr- und Arbeitstüchtigkeit unserer Jugend. Auch hierfür trägt das Wohnungselend einen Teil der Schuld. Das Reich selbst kann freilich auf diesem Gebiet, das den Einzelstaaten und den Gemeinden untersteht, nicht gründlich durchgreifen, aber das vermag der Reichstag, sich zum Umwandel dieses Elends zu machen und unaufhörlich seine Stimme zu erheben, damit endlich, endlich Mißstände beseitigt werden, die das Gedeihen des Volkes untergraben.

Eine Welle von sozialer Energie geht durch die ganze Kulturmenschenheit, schreiben jüngst die „Kirchlich-sozialen Blätter“. Das ist nicht zuviel gesagt. Wer den Zug dieser Welle im einzelnen verfolgt, sieht, wie in jedem geordneten Staatswesen, die sozialen Aufgaben und die Versuche zu ihrer Lösung mehr und mehr die öffentliche Meinung, die Gesetzgebung und Verwaltung beherrschen, in Europa, in ganz Nord- und Südamerika, in weiten Ländern Asiens und Afrikas, ganz zu schweigen von Australien. Kaum ein Tag vergeht, der nicht von irgendwoher Kunde von Reformen und Reformversuchen bringt. Und überall tritt die Erscheinung hervor, daß nach einem Ausgleich der Unterschiede gestrebt wird, daß das Niveau der Arbeiterversicherung und des Arbeiterschutzes, der Staatshilfe und der Selbsthilfe allmählich auf die gleiche Höhe in der Kulturwelt steigt. Die Ernten des Internationalen Versicherungstongresses und der Internationalen Arbeiterichsvereinerung begannen zu reifen. Das Deutsche Reich steht in diesem sozialpolitischen Wettstreit in der vordersten Linie, aber mehr als ein anderes Land bemüht sich, ihm vorzukommen. Reichsregierung und Reichstag haben die Pflicht, unser Volk gelund und tüchtig zu erhalten. Dazu gehört neben guter Wirtschaftspolitik und Sicherung des Vaterlandes auch die Fortführung der sozialen Reformen. Die Regierung hat sich zu diesen drei großen Aufgaben bekannt. Der neue Reichstag wird, davon sind wir überzeugt, an ihrer Lösung redlich mitarbeiten“.

Die neue gesetzliche Lage der Hilfskassen.

II.

Nicht nur durch die Genehmigungsklausel kann den Schwindklassen zu Leibe gerückt werden, indem man sie einfach nicht zuläßt, sondern auch durch die Bestimmungen über die Aufsicht der zugelassenen Versicherungsvereine, so daß sie auch noch nachträglich, wenn sie durch die Maschinen des § 7 hindurchgeschlüpft und zugelassen sein sollten, unmöglich gemacht werden können; aber auch der Zulassung nicht mehr bedürftige, bereits bestehende schwindelhaft eingeschriebene Hilfskassen können auf diese Weise unschädlich gemacht werden. Sehen wir uns nur die folgenden §§ 64 und 76 des Versicherungsaufsichtsgesetzes an:

„Der Aufsichtsbehörde liegt es ob, den ganzen Geschäftsbetrieb der Versicherungsunternehmen, insbesondere die Befolgung der gesetzlichen Vorschriften und die Einhaltung des Geschäftsplans, zu überwachen.“

Sie ist befugt, diejenigen Anordnungen zu treffen, welche geeignet sind, den Geschäftsbetrieb mit den gesetzlichen Vorschriften und dem Geschäftsplan im Einklange zu erhalten oder Mißstände zu beseitigen, durch welche die Interessen der Versicherten gefährdet werden oder der Geschäftsbetrieb mit den guten Sitten in Widerspruch gerät.“

Und weiter wird bestimmt:

„Scheidet ein Unternehmen fortgesetzt den ihm nach Maßgabe der Gesetze oder des genehmigten Geschäftsplans obliegenden Pflichten zuwider, oder ergeben sich bei Prüfung seiner Geschäftsführung oder seiner Vermögenslage so schwere Mißstände, daß bei Fortsetzung des Geschäftsbetriebs die Interessen der Versicherten gefährdet sind, oder befindet sich der Geschäftsbetrieb mit den guten Sitten im Widerspruch, so ist die Aufsichtsbehörde befugt, den Geschäftsbetrieb mit der Wirkung zu untersagen, daß neue Versicherungen nicht abgeschlossen, früher abgeschlossene nicht erhöht oder verlängert werden können.“

Um aber auch bei Anwendung der §§ 64 und 67 die größtmögliche Sicherheit gegen mißbräuchliche Anwendung derselben gegen, der Behörde aus politischen oder religiösen Gründen unliebame, Klassen zu haben, wurde dem Gesetz betreffs Aufhebung des Hilfskassengesetzes und die Unterstellung derselben unter das Versicherungsaufsichtsgesetz auf Wunsch der Sozialdemokraten hin noch folgende Bestimmung zugefügt:

„Eine Gefährdung der Interessen der Versicherten oder ein Widerspruch des Geschäftsbetriebs mit den guten Sitten im Sinne der §§ 64, 67 des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmen darf nicht aus der religiösen oder politischen Ueberzeugung, ihrer Betätigung außerhalb der Dienstgeschäfte und der Ausübung des Vereinsrechts seitens der Mitglieder, des Vorstandes oder der Angestellten, soweit nicht gegen die Gesetze verstoßen wird, gefolgert werden.“

Die im vorstehenden geschilderten Voraussetzungen betreffs Zulassung oder Nichtzulassung einer Hilfskasse und ihre zukünftige Beaufsichtigung dürften

1. genügen, um das Vergerniß der Schwindklassen zu beseitigen;

2. genügen sie unseres Erachtens aber auch zur Vermeidung jeglicher mißbräuchlichen Anwendung der, der Aufsichtsbehörde gegebenen, weitreichenden Vollmachten zur Sicherung der Rechte der Versicherten; sie beweisen aber auch

3. daß nicht nur jegliche Absicht dem Gesetzgeber fernzulegen hat, die freie Entfaltung der realen freien Hilfsklassen zu unterbinden, sondern, daß auch in Zukunft die bereits bestehenden und noch erstehenden freien Hilfsklassen gar nichts zu befürchten brauchen, wenn sie einen realen Geschäftsbetrieb haben; dann müssen sie eben zugelassen werden.

Die Meinung also, die man merkwürdigerweise hier und dort, nicht nur in Arbeiterkreisen, antrifft, als ob in Zukunft mindestens keine neuen Hilfsklassen mehr gegründet werden dürften, und die bereits bestehenden kaum am Leben erhalten werden könnten, ist soweit nicht richtig; man kann auch in Zukunft noch reelle Hilfsklassen gründen, soviel man will, und den bestehenden realen Hilfsklassen droht keine Gefahr.

Es ist auch nicht richtig, daß in Zukunft für die freien Hilfsklassen eine bestimmte Zahl Mitglieder vorgegeben ist. Eine Ausnahme ist bezüglich der Mitgliederzahl aber doch getroffen, und zwar dann, wenn die Hilfsklassen über ihren eigentlichen Rahmen heraustraten wollen — wenn sie für ihre Mitglieder die gesetzlichen Klassen (Orts-Betriebs-Zunngsklassen) ersehen wollen, derart, daß ihre Mitglieder sich von der Zugehörigkeit zu den gesetzlichen Klassen befreien können. Ersatzklassen heißen diese Hilfsklassen in der Zukunft; bis zum Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung, die auch die Verhältnisse dieser Ersatzklassen noch besonders regelt, heißen sie eingeschriebene Hilfsklassen auf Grund des § 75a des gegenwärtig noch geltenden Krankenversicherungsgesetzes. Auch diese Ersatzklassen unterliegen in Zukunft dem Versicherungsaufsichtsgesetz. Die bereits bestehenden eingeschriebenen Hilfsklassen, die in Zukunft nicht als Ersatzklassen zugelassen werden können, weil sie nicht mindestens 250 Mitglieder haben, brauchen sich deshalb aber nicht aufzulösen; ihr Rechtsverhältnis ändert sich außerdem, daß sie, wie alle Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit zum Betriebe der Versicherung ihrer Mitglieder gegen Krankheit (eingeschriebene freie Hilfsklassen), in Zukunft, wie eingehend dargelegt, dem Versicherungsaufsichtsgesetz unterliegen, nur dadurch, daß sie nicht Ersatzklassen werden können und ihre Bescheinigung wie auch die der über 250 Mitglieder zählenden gleichartigen Klassen, auf Grund des § 75a des Krankenversicherungsgesetzes erlischt. Jede jetzt schon bestehende Hilfskasse, die als Ersatzklasse im Sinne der Reichsversicherungsordnung zugelassen werden will, muß demnach zunächst darum einkommen; nach Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung gegründete Hilfsklassen können nicht Ersatzklassen werden. Es soll hier gleich bemerkt werden, daß die besonderen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung über die Ersatzklassen deshalb erforderlich sind, weil diese Art Hilfsklassen ja als Ersatzklassen die gesetzliche Krankenversicherung ihrer Mitglieder ersehen wollen; daß das nur unter bestimmten Voraussetzungen, vor allem betreffs Leistung dieser Klassen usw., geschehen kann, ist selbstverständlich. Die übrigen Hilfsklassen sind ja nicht gedacht als Einrichtungen zur Durchführung der gesetzlichen (Zwangs-)Krankenversicherung, sondern als freie Gebilde, zu denen niemand beizutreten verpflichtet ist.

Allgemeine Rundschau.

Die „Berliner“ Streikmoral. Der Kardinalpunkt der Gegenläufe zwischen unserer Bewegung und der „Berliner“ Richtung besteht in der gegensätzlichen und grundsätzlichen Auffassung vom Streikrecht. Die christlichen Gewerkschaften gebrauchen den Streik als gewerkschaftliches Kampfmittel. Die „Berliner“ sagen, der Streik sei nur dann moralisch erlaubt, wenn er zur Abwehr „einer ganz offensibaren Verletzung unversäßerlicher Rechte“ diene. In allen anderen Fällen, sowohl in Fällen der Erringung höherer Löhne oder kürzerer Arbeitszeiten oder der Abwehr von Versuchen, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, sei er unmoralisch, unfittlich und darum unerlaubt. Gegen diese Auffassung haben sich namhafte katholische Moraltheologen ganz entschieden gewandt, und in der letzten Nummer der „Sozialen Kultur“ weist sie der bekannte Moraltheologe und Sozialtheoretiker Prof. Wiederlax nochmals mit aller Klarheit als falsch zurück. Er stellt zunächst fest:

„Es ist nämlich sehr wohl zu beachten, daß zu der vom Berliner Verbands vertretenen Ansicht kein einziger Moraltheologe seine Zustimmung ausgesprochen hat, daß vielmehr auch die seit einigen Jahren laut gewordenen Stimmen der Gelehrten sich sämtlich ablehnend über die Berliner Theorie geäußert haben.“ (Die betr. Stellen sind von uns gesperrt. D. R. d. L. Z.)

Es ist bezeichnend für ihre Methode, daß die „Berliner“ ihnen unbequeme Feststellungen kirchlicher Moraltheologen in ihren Polemiken einfach unterschlagen oder ihnen eine neue, unstatthafte Deutung zu geben versuchen, oder auch, daß sie gegen diese Moraltheologen einfach den Vorwurf der Unkenntnis, der mangelhaften Erfassung des Kernpunktes erheben, um auf diese Weise, dazu noch in einer ganz schnodderigen Tonart, die Autorität dieser Männer zu erschüttern zu versuchen. Das tun dieselben Leute, die über andere als Ketzerichter sitzen und die Wahrung und Stärkung der kirchlichen Autorität als ihr erstes und heiligstes Prinzip erheben. Wiederlax führt mehrere Beweise hierfür an und kommt zu dem Schluß:

„So sind alle Bemühungen, die Autorität der Moraltheologie zu entkräften, vergebens gewesen. Der Behauptung, ein Zustand sei nur dann sittlich unbeanstandbar, wenn „eine ganz offensibare Verletzung unversäßerlicher Rechte (der Arbeiter durch die Arbeitgeber) vorliegt“, steht die einstimmige Lehre der Moraltheologen entgegen. Und darum läßt sich nichts anderes sagen, als daß es durchaus unstatthafte seitens des Berliner Verbandes“ war, auf einem Flugblatte die sittliche Unerlaubtheit jedes anderen als des Notwehrstreiks zu behaupten und gar als

eine von den Arbeitern pflichtgemäß zu befolgende Ansicht zu verbreiten.“

Nachdem Wiederlax noch dargelegt hat, daß die Berliner gegen ihn in einer italienischen Zeitung mit durchaus unstatthafte Mitteln, mit unbenoteten moraltheologischen Behauptungen und unter Unterdrückung von wesentlichen Tatsachen operiert haben, kommt er auf die Berliner Theorie von der „Ständes-Aktion“ zu sprechen. Es ist geradezu jämmerlich und anwidern zugleich, wie sehr die Berliner der Wirklichkeit Gewalt antun, um sich ein eigenes theoretisches Kartenhaus zurechtzuliegen. Die „Berliner“ machen jeden Streit, auch den örtlichen, zu einer Aktion der gesamten Arbeiterichsheit des Bundes und dann behaupten sie, diese Klasse verlege nun, wenn sie mit ihren Forderungen über das Existenzminimum hinausgehe und im Fall der Nichtgewährung mit dem Streit drohe, damit schon die Rechte der Arbeitgeber. Das sei unmoralisch und unerlaubt. Wiederlax hat eine köstliche Antwort hierauf:

„Das Beste, was sich auf diese Theorie sagen ließ, hat Cathrein gesagt; er hat sie in seinem neuen Bande der Moralphilosophie auch nicht mit einem Worte erwähnt, obwohl er sie sicher kannte; er hat sie also nicht einmal für erwähnenswert gehalten. Und das ist ganz selbstverständlich. Denn es ist doch widerwärtig, eine von 1000 Personen veranstaltete Handlung als Aktion des ganzen Standes, dem die 1000 Personen angehören, hinzustellen.“

Theoretisch ist also die „Berliner“ Idee vollständig abgetan. Die kirchlichen Moraltheologen stehen einmütig gegen sie, wenn man von den paar Konfusionsärzten „Berliner“ Färbung abzieht. Praktisch ist die Bewegung auch fertig. Sie pfeift schon lange auf dem letzten Loch. Das ganze glorios begonnene Unternehmen ist elendiglich verkracht. Wir freuen uns dessen von Herzen.

Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik und Landesverteidigung. Ueber die Beziehungen dieser drei Gebiete zueinander spricht Prof. Franke in seinem von uns an anderer Stelle behandelten Artikel in der „Sozialen Praxis“. Er sagt, daß immer wieder der enge Zusammenhang zwischen Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und Landesverteidigung hervorgehoben zu werden verdiene.

Zeitlich und doch wohl auch ursächlich geht der beispiellose Aufstieg Deutschlands im Einklang mit der Sicherung des Vaterlandes und dem Fortschritt sozialer Reformen. Das eine bedingt das andere. Der neuen Orientierung unserer Volk- und Handelspolitik seit dem Jahre 1879 folgt kurz darauf die Arbeiterversicherung; ihr beider Schöpfer ist Fürst Bismarck. Die Ausdehnung und Verschärfung des Arbeiterschutzes ergänzt die Versicherung gegen Krankheit, Unfall, Alter und Invalidität. Mit dem Gedeihen der Volkswirtschaft entstehen starke Arbeiterorganisationen, die wiederum die Arbeitgeber zur Sammlung führen. Staatshilfe und Selbsthilfe verbessern die Lage der Arbeiter, höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten tun der Entwicklung der gewerblichen Unternehmung nicht nur keinen Eintrag, sondern heben sie zu immer höherer Leistungsfähigkeit. Vorübergehende Senkungen werden von Zeiten neuen Aufschwungs abgelöst, immer höher steigt die Kurve.

Heute, wo Handel und Wandel blühen — man denke nur an das beträchtliche Steigen der Eisenbahneinnahmen, an die Rekordzahlen unseres Außenhandels, an das Wachsen der direkten Staatssteuern und der Sparfahneinlagen —, wird man auf den Bestand dieses Aufstiegs hoffen dürfen, und der neue Reichstag bringt sicherlich auch eine Mehrheit für die Fortführung der Grundtendenz der bisherigen Wirtschaftspolitik auf.

Das Erwerbaleben eines Volkes, das seine Ergänzung und Korrektur in der Sozialpolitik finden muß, ist ohne Erhaltung des Friedens und Sicherung gegen Angriff von außen unaufhörlich gefährdet. Ohne unsere starke Rüstung zu Wasser und zu Lande wäre der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands ebensowenig möglich gewesen wie die Organisation der Staats- und der Selbsthilfe für die Arbeitermassen. Die Erkenntnis dieses inneren Zusammenhangs im Verein mit ihrem nationalen Pflichtgefühl hat unsere Freunde stets in die vordersten Reihen der Anhänger einer kraftvollen Wehrpolitik geführt. Was die verantwortlichen Staatsmänner für unbedingt nötig halten, um Heer und Flotte auf die Höhe ihrer Leistungsfähigkeit zu bringen, hat die Volksvertretung letzten Endes noch immer bewilligt. Wir sind überzeugt, daß auch der neue Reichstag hier nicht versagt: die erste Mahnung vom Sommer 1911 lebt noch im Herzen unseres Volkes. Ein Weltkrieg oder gar eine Niederlage würde in das allgemeine Verderben zuerst die Massen hineinziehen, die keine soziale Reform dann vor dem Elend bewahren könnte.“

Die „neutralen“ Konsumvereine. Die Konsumgenossenschaften der Zentralstelle Sitz Hamburg sind sozialdemokratisch, sie werden in sozialdemokratischem Geiste geleitet, unterstützen praktisch die Sozialdemokratie, sind ein Glied der sozialdemokratischen Umsturzbeuwegung. Das hier und da eine Filiale dieser Genossenschaft existiert, für die das nicht zutrifft, deren christlich und national gesinnte Mitglieder dumm genug sind, für die roten Genossenschaftsagitatoren als neutrales Demonstrationsstück zum Einfangen unwissender Leute zu dienen, ändert an der roten Farbe der Gesamtbeuwegung gar nichts.

Einen weiteren Beweis dafür wieder zu den vielen. Durch die sozialdemokratische Parteipresse geht eine Notiz, die den ziffernmäßigen Beleg über den großen Erfolg der sozialdemokratischen Agitation erbringen will. Darin werden nun alle die Vereinigungen aufgeführt, die die Sozialdemokratie als die ihrigen bezeichnen kann. Da heißt es dann u. a.:

Mitglieder der sozialdemokratischen Partei	900,000
Mitglieder der Konsumgenossenschaften	1,250,000
Mitglieder der freien Gewerkschaften	2,600,000

Die Genossenschaftler rechnen also die Konsumvereine der Hamburger Zentrale zu den Einrichtungen ihrer Partei und die Zunahme der Mitgliederzahlen dieser Konsumvereine als einen Erfolg der sozialdemokratischen Agitation. Sie tut vollkommen recht daran. Sie müßte nur noch einschalten, daß es auch noch christlich und national gesinnte Arbeiter gibt, die diesen Konsumvereinen angehören und die auch zu dem sozialdemokratischen Erfolge beigetragen haben.

Die Zusatzmarke in der Invalidenversicherung.
In der Reichsversicherungsordnung ist eine wichtige Neuerung getroffen worden, von der zu wünschen wäre, daß sie recht rege in Anspruch genommen würde. Es handelt sich nämlich um eine freiwillige Zusatzversicherung zur Invalidenversicherung. Vom 1. Januar 1912 an konnten alle versicherungspflichtigen und alle versicherungsberechtigten Personen sich durch Zahlung einer sogenannten Zusatzmarke, die in die Quittungskarte eingeklebt wird, eine wesentlich höhere Rente sichern. Die Marken kosten eine Mark, sie können zu jeder Zeit in jeder beliebigen Höhe gekauft und eingeklebt werden. Sie werden, wie die anderen Invalidenmarken, bei jeder Postanstalt verkauft.

Für jede Zusatzmarke, die der Versicherte eingeklebt hat, erhält er als jährliche Zusatzrente (bzw. 2 Proz., als beim Eintritt der Invalidität Jahre seit der Verwendung der Zusatzmarke vergangen sind. Hiernach berechnet sich die Rente in folgender Weise:

Beispiel I: Hat jemand im Jahre 1912 1000 Zusatzmarken geklebt, so beträgt die Zusatzrente, wenn er nach Ablauf von 10 Jahren invalide wird, 200 M. jährlich. Würde die Invalidität erst nach 30 Jahren eintreten, so würde die Zusatzrente jährlich 600 M. betragen. Daneben wird dann die gewöhnliche Invalidenrente gewährt.

Beispiel II: Hat ein Versicherter in den Altersjahren 25-55 monatlich einen Zusatzbeitrag von einer Mark entrichtet, so erhält er beim Eintritt der Invalidität eine Zusatzrente von jährlich $496 \times 12 \times 0,02 = 119,04$ M., wofür er in den 31 Jahren insgesamt 372 M. eingezahlt hat.

Tritt die Invalidität nicht bereits im Alter von 56, sondern erst im Alter von 65 Jahren ein, so berechnet sich keine Zusatzrente für den Fall, daß er nach dem 56. Lebensjahre nicht noch weitere Zusatzbeiträge zahlt, auf $775 \times 11 \times 0,02 = 186$ M. Zahlt er in den Jahren 56-64 weitere Zusatzbeiträge von monatlich einer Mark, so berechnet sich der Anspruch auf $820 \times 12 \times 0,02 = 196,80$ Mark.

Die Zusatzrenten werden in gleicher Weise gezahlt, bewilligt und entzogen wie die Invalidenrenten. Sie werden nur im Falle der Invalidität gewährt, nicht neben den Altersrenten oder neben den Witwenrenten. Verfährt der Versicherte, ohne in den Genuß der Rente gelangt zu sein, so verfallen die Beiträge zugunsten der Versicherungsanstalt.

Es wäre zu wünschen, daß von dieser Zusatzversicherung recht ausgiebiger Gebrauch gemacht würde, denn sie ist eine recht bequeme Art der Versicherung und leistet mehr wie irgend eine Privatversicherung.

Jeder, der von der Zusatzversicherung Gebrauch macht, hat ein dringendes Interesse daran, daß jede Karte, die

Zusatzmarken enthält, vor Ablauf des Kalenderjahres aufgerechnet wird, weil ihm sonst bei Berechnung der Zusatzrente ein Jahr verloren geht.

Aus dem Reichshaushaltsetat 1912. Der ordentliche Etat ist veranschlagt auf 2 684 890 430 Mark, in Einnahme und Ausgabe. Gegenüber dem Vorjahr ist das mehr um 140 568 882 Mark. An Mehreinnahmen aus den bestehenden Zöllen, Steuern und Gebühren werden jedoch nur 78 Millionen Mark erwartet. Das Fehlende wird durch Matritularbeiträge, das sind Beiträge der Bundesstaaten, gedeckt. Die Reichs Schuld betrug Ende 1910 4 934 201 000 Mark. Bis zum 30. Sept. 1911 hat sie sich um rund 108 Millionen Mark, infolge der Schuldentilgung, vermindert. Die Anleihe beim außerordentlichen Etat ist bemessen auf 43,7 Millionen gegen 97,5 Millionen im Vorjahr. Als Zugang bei den Einnahmen sind verzeichnet bei der Reichspost- und Telegraphenverwaltung 47 Millionen, Reichs-Eisenbahnen 9,88 Millionen Mark. Mehreinnahmen sind noch keine Ueberschüsse. Die Ueberschüsse der Reichsbetriebe im ordentlichen Etat sind veranschlagt gegenüber 1911 mehr um 17,4 Millionen bei der Eisenbahnverwaltung mehr um 4,8 Millionen.

An Mehreinnahmen kommen ferner in Betracht aus

	Mill. M.
Zölle	49,5
Zigarettensteuer	2,8
Branntweinsteuer	19,3
Leuchtmittelsteuer	2,69
Zündwarensteuer	1,4
Stempel auf Wechsel, Wertpapiere	5,91
Karten für Kraftfahrzeuge	0,58
Dividendensteuer mehr	0,49
Grundstücksübertragungen mehr	1,56
Erbschaftssteuer	3.

Bei den fortdauernden Ausgaben finden sich im Zugang für das Reichsamt des Innern 4,46 Millionen Mark. Dabei sind 4000 Mark mehr für Unterstützung deutscher Seemannsheimen im Auslande. Sodann 2 722 000 Mark mehr auf Grund der Reichsversicherungsordnung. Der Zuschuß des Reichs für Zweck der Invalidenversicherung steigt damit auf 56 372 000 Mark. Im Dispositiv wird dazu bemerkt, daß am 1. Januar 1912 925 217 Invalidenrenten und 93 376 Altersrenten laufen werden. Die Kosten für zugegangene Renten werden 4 858 774 Mark betragen, der Reichszuschuß zu den Krankenrenten wird berechnet auf 10 200 000 Mark, für die Hinterbliebenenversicherung im ersten Jahre auf 1 950 000 Mark.

Beim Etat des Reichsamts des Innern findet sich ferner ein Ansatz von 3 612 000 Mark zur Unterstützung der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften, es sind das 590 000 Mark mehr als im Vorjahre. Es sollen 35 000 Mann mehr zu Übungen herangezogen werden.

Für Einrichtungen und Veranstaltungen im Interesse des deutschen Handels und Gewerbes findet sich im Voranschlag die Summe von 80 000 Mark; zur Unterhaltung, der ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt 40 000 Mark. Als Beitrag für den Verband deutscher Arbeits-

nachweise sind, wie im Vorjahre, 30 000 Mark vorgesehen. Unter den einmaligen Ausgaben ist wieder eine Summe von 150 000 Mark eingesetzt zur Bekämpfung des Typhus; für Ausbildung der Schiffsjungen 60 000 Mark; zur Förderung einer internationalen Biographie für Sozialwissenschaft ein Betrag von 15 000 Mark; zur Unterstützung der Gesellschaft für deutsche Erziehungs- und Schulgeschichte 30 000 Mark; als Beitrag zur Herausgabe des Deutschen Handwerksblattes 8 000 Mark; zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit 60 000 Mark; zur Erforschung und Bekämpfung der Tuberkulose sind, wie im Vorjahre, 100 000 Mark in Ansatz gebracht; für gemeinnützige und unparteiische Rechts-Anstaltsstellen 40 000 Mark.

Zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse, zur Herstellung von Wohnungen für Arbeiter und gering besoldete Beamte der Reichsbetriebe sind diesmal 4 Millionen Mark eingesetzt. Es wird nun nicht mehr bestritten, daß ein erhebliches Bedürfnis besteht für eine Verbesserung der Wohnungsverhältnisse. Wird diese Summe genehmigt, dann sind zusammen 45 Millionen Mark von Reichswegen zu diesem Zwecke genehmigt worden. Wird man nicht auch bald zu einem Reichswohnungs-gesetz kommen?

Als einen Sieg der christlich-nationalen Arbeiterbewegung bezeichnet in der „Allgem. Rundschau“ der Reichstagsabgeordnete Kuchhoff den Ausgang der Reichstagswahlen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Unser westdeutsches, am kräftigsten entwickeltes Industriegebiet habe bei den Wahlen bewiesen, daß nicht die Arbeiter-schaft als solche gleichbedeutend sei mit Sozialdemokratie.

„Und gerade wieder innerhalb dieses Industriegebietes zeigt es sich ganz deutlich, wer dem Sozialismus bei dieser Wahl zum Siege verholfen hat. Köln, und zwar die innere Stadt, der Wahlkreis Köln I, ist durchaus nicht direkt als Industriestadt anzusprechen, es umfaßt vielmehr vor allem Handelstreibende. Dieses bürgerliche Köln aber wählt infolge politischer Verärgerung und Hege einen „Arbeiter“vertreter; dagegen wählen die reinen Arbeitergebiete an der Ruhr „bürgerliche“ Kandidaten. Daß Essen gehalten, daß Duisburg, Bochum wieder erobert wurden, daß auch für Düsseldorf und Dortmund ein Erfolg zu buchen ist, — der ein Sieg gewesen wäre, wenn dort die Parteikonstellation eine genau umgekehrte gewesen wäre, d. h. wenn Liberale und Sozialdemokraten in Stichwahl gestanden hätten — ist ein Ruhmesblatt in der Entwicklungsgeschichte der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Es gibt wohl niemanden, der annimmt, daß diese fast ganz von der Industriebereich beherrschten Bezirke ohne diese Arbeiterbewegung nicht alle im Besitze der Sozialdemokraten sich befänden. In ganz Rheinland und Westfalen aber gibt es, vielleicht abgesehen von Solingen, keinen Wahlkreis, der sozialdemokratisch vertreten wäre, wenn nicht das linksliberale Beamtentum und Bürgertum zugunsten der sogenannten Arbeiterpartei den Ausschlag gäbe.

Wenn der vaterländisch gesinnte und politisch fortgeschrittene deutsche Bürger in diesen Tagen schmerzlich den Sieg vaterlandloser Gesinnung und politischer Kurz-

Reifenlage und Kettenspannung beim Seidenwebstuhl.)

I.

Nachdruck verboten.

Die Kettenlage und Kettenspannung bildet bei seidenem Materialen einen besonders wichtigen Teil. Hängt doch hiervon das gute Verarbeiten einer seidenen Kette und das Aussehen der erzeugten Waren zum größten Teile ab. Man hat deshalb nicht nur darauf bedacht zu sein, daß sich beides, Kettenlage und Kettenspannung, in normalem Zustande befindet und immer in solchem erhalten wird, sondern mehr noch auf eine größtmögliche Steigerung dieses Verhältnisses, um einen günstigen Einfluß auf die Reifezeit des Seidenfadens zu gewinnen. Es muß die erreichbare Grenze der Nachgiebigkeit angestrebt werden, um die Ausspannung der Kettenfäden beim Hochspinnen auf ein Minimum herabzumindern. Beim Verarbeiten jedoch gehender Ketten von geringwertiger Qualität zeigt sich am fühlbarsten und am deutlichsten, von welcher Art die Lager- und Spannungsverhältnisse sein können. Wenn sich auch eine solchgehende Kette durch höchstes Manipulieren nicht in eine absolut gutgehende verwandeln läßt, so läßt sie sich doch wesentlich verbessern, wodurch in den meisten Fällen ein auch erträgliches Arbeiten ermöglicht wird. Intelligenz und Geschicklichkeit des Arbeiters vermögen hier viel; man lernt übrigens den Unterschied der Beschaffenheit des einzelnen Arbeiters besser kennen, als gerade in der Seidenweberei.

Zu allgemeinen sind ja schon durch Anstellung passender Stühle und Einrichtungen die Möglichkeiten zur Erreichung der Erfordernisse für eine elastische Verarbeitung der Seidenketten gegeben, doch wird in vielen Fällen nicht genügend auf die Eigenart der Vorrichtungen eingegangen, so daß oft in Unkenntnis oder durch Verwahrlosung der gute Zweck einer Sache ins direkte Gegenteil verwandelt wird. Es werden hier viele einzelne Faktoren zu einem Ganzen und es kann bei Anfertigung ganzer Maschinen leicht die beabsichtigte Wirkung ganz ausbleiben. Es kann eine Verkürzung des Faden-

ausstranges, des Kettenteiles vom Brustbaum resp. vom Warenrad bis zum Kettenbaum für das Verarbeiten seidener Ketten die nachteiligsten Folgen haben. Diese Verkürzung des Fadenstranges wird mitunter versucht, wenn man aus Platzmangel oder zur Raumgewinnung für Steigerung der Stuhlzahl die an den meisten Seidenwebstühlen für die Kettenbäume separat angefügten Gestelle beseitigt.

Man besetzt dann die Lager für den Kettenbaum, wie an gewöhnlichen Stühlen, am Stuhlgestell; der Raum, der hierdurch gewonnen wird, ist zwar ganz beträchtlich, doch der Einfluß, den diese Verkürzung auf das Verarbeiten der Kette ausübt, ist nicht minder schädlich. Hierbei bildet schon das Unterbringen des Kettenbaumes in tiefer Stellung und Hinwegführung der Kette in scharfem Winkel über den Streichbaum einen großen Nachteil. Die hohe Lagerung des Kettenbaumes am Kettenbaumgestell des Seidenwebstuhles in gleicher Ebene des Brustbaumes und Faches ist ja das zweckentsprechendste für die Verarbeitung seidenen Materials und die Zurück-führung des Kettenbaumes in angemessene Entfernung vom Fache bildet den großen Vorteil.

Es kann schon beim Vorhandensein des Kettenbaumgestelles durch die tiefe Lagerung eine Erschwerung des Arbeitsvorganges in die Erscheinung treten. Erfahrungsgemäß gehen die seidenen Ketten zu Ende schlechter als zu Anfang; trotzdem alle Arbeiter dieses Uebelstand kennen und wiederholt in die Lage geraten, machen sich die wenigsten Ursache und Wirkung klar. Der volle Kettenbaum wird eingelegt und bei Beginn der Arbeit in der Höhe reguliert und das Arbeiten nimmt in diesem Zustand seinen Fortgang, bis die Kette verarbeitet ist; nur das Gewicht der Bremsevorrichtung wird von Zeit zu Zeit verringert, wie dies erforderlich ist, wenn keine Bremse mit selbsttätiger Regulierung vorhanden ist. Der hier bewegliche Streichbaum hält zwar die Höhe der Kettenlage dauernd im Gleichmaß, daß aber die Kette beim Verarbeiten in immer scharfere Anflage zum Streichbaum durch Verkürzung des Kettenbaumumfanges kommt, findet in der Regel keine Berücksichtigung. Am vorzuziehenden arbeitet es sich, wenn die Kettenlinie vom Brustbaum zum Kettenbaum eine Ebene, ohne willkürliche Abbiegung beim Streichbaum, bildet. Dazu ist aber nötig, daß der Arbeiter diesen Punkt immer im Auge behält und, wenn nötig, den Kettenbaum täglich je nach Abnahme seines Umfanges höher stellt. Dies läßt sich ja sehr leicht durch die mittels Stützschrauben verstellbaren

baren Zapfenlager bewerkstelligen und ist eine so geringe Mühe, daß sie einen Mehraufwand von Zeit überhaupt nicht erfordert, der Arbeiter sich aber dadurch einen eminenten Vorteil verschafft, denn mit einer Erleichterung des Arbeitsprozesses ist immer auch eine Verbesserung des Produktes selbst verknüpft. Die Kette soll immer nur den Streichbaum berühren und auch im rückwärtigen Kettenteil nur leicht aufliegen, wodurch die Nachgiebigkeit des Kettenbaumes beim Fachaufgang und mithin die Elastizität der Kettenfäden erhöht wird. Man könnte dabei einwenden, daß in solchem Falle das Vorhandensein eines Streichbaumes ja nahezu oder im Grunde gänzlich überflüssig sei. Wenn auch zugegeben werden muß, daß man auch ohne Streichbaum bei seidenen Ketten ganz gut zu arbeiten imstande ist, so wäre eine Entfernung desselben doch keineswegs ratsam. Zunächst dient er als Richtschnur für die an allen Stellen erforderliche, gleichhohe Lage der Kette, die, einmal gegeben, dauernd beibehalten werden kann. Der Kettenbaum müßte durch die ab- und zunehmende Stärke beständig in seiner Lage verändert werden, wobei eine ordnungsgemäße Höheneinstellung ohne Streichbaum Schwierigkeiten bereiten würde. Weiter gibt der Streichbaum eine gute Führung für die bei seidenen Ketten separierten Leisten ab. Bei schlecht gebäumten Ketten aber bildet er ein unentbehrliches Mittelglied, da man beim Straff- oder Vorderwerden einer Warenseite es ganz in der Hand hat, durch Höher- oder Tieferstellen der einen Kettenbaumseite die Spannungs-differenz auszugleichen.

Um die größtmögliche Schonung der Kettenfäden beim Verarbeiten herbeizuführen, ist außer dem Streichbaum auch der Brustbaum in Zapfenlagern drehbar angeordnet. Der Brustbaum besteht hier gewöhnlich aus einer mit Filz überzogenen Eisenrolle. Die Höhe des Brustbaumes muß zu derjenigen der Kette im Geschirr in richtigem Verhältnis stehen, wobei auch die Höhe der Ladebahn nicht unberücksichtigt bleiben darf.

Eine hohe Bremsung des Kettenbaumes und straffe Spannung der Kettenfäden ist der Seide im allgemeinen nicht nachteilig, ja sie ist in den meisten Fällen sogar erforderlich, da hiervon im wesentlichen das Aussehen der Ware abhängt. Besonders Buntware, die nicht oder nur gering appretiert wird, erhält nur durch gute Spannungsverhältnisse beim Weben einen schönen, appreturähnlichen Anstrich. Beachtet muß natürlich dabei werden, daß die Bremsung trotz Gewichtslastung nachgiebig ist.

*) Wir entnehmen diesen Artikel, mit gütiger Erlaubnis der Redaktion und des Verfassers, der Zeitschrift „Die Textil-industrie“. Ein Abonnement auf diese Fachzeitschrift können wir unseren Mitgliedern empfehlen.

fähigkeit empfindet, so ist gerade dieser Sieg im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ein Anzeichen einer besseren Zukunft. Denn es hat sich hier gezeigt, daß unsere Arbeiterschaft zum großen Teile noch klug genug ist, ihre Rettung nicht in der Revolution zu suchen, sondern in einem einträchtigen Zusammenwirken zwischen Industrie und Arbeiterschaft. Beide Teile glauben hieraus Nutzen in materieller Hinsicht zu erzielen in der richtigen Erkenntnis, daß nur durch diese Einigkeit Deutschland wirtschaftlich weiter groß und stark bleiben kann. Es kommen hinzu christliche und nationale Ideen, von denen diese Arbeiter als Menschen und als Bürger des Staates sich tragen lassen. Das Rauberwort Organisation schafft ihnen den Halt selbstbewußten, kraftvollen Strebens, verleiht ihnen als wichtigen Kulturträgern den Stolz des freien deutschen Bürgers, der es verdient, daß andere ihn auch als Kulturmenschen anerkennen. Und diese Arbeiterschaft hat dieses Mal im rheinisch-westfälischen Industriegebiet gesiegt.

Einer gedeihlichen Entwicklung unserer Industrie, damit unserem ganzen Wirtschaftsleben und folglich auch wieder unserer sozialen Weiterentwicklung wird die gekennzeichnete Erscheinung sehr dienlich sein. Wenn es überhaupt einen Damm gibt gegen die Sozialdemokratie und damit gegen die unserem ganzen Staatsgebäude drohende Vernichtung, so muß sie in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung und deren Förderung liegen. Das zeigen diese Reichstagswahlen. Die Sozialdemokratie ist nicht erziehungsfähig, und das ist eine Ehre für sie, daß sie in der Erziehung ihrer Prinzipien nicht abweicht vom Wege, nicht umfällt, wie es andere ihr gegenüber getan haben. Die Erziehungsmöglichkeiten dieser bürgerlichen Kreise durch den Sozialismus sind zweifellos größer. Wenn der Sozialismus eine Bewegung des vierten Standes ist, dann kann sie nicht bekämpft werden dadurch, daß man ihr ein bürgerliches Mäntelchen umhängt, sondern nur durch eine Bewegung, die selbst wieder aus dem vierten Stande hervorgeht. Die intelligenteste Arbeiterschaft Deutschlands — so nennt die Sozialdemokratie immer die Arbeiter im Ruhrgebiet — hat den Weg gewiesen, den wir gehen müssen.

Zur Lohnbewegung der Bergarbeiter im Ruhrrevier. In der gewerkschaftlichen Wetterrede unseres Vaterlandes, im Ruhrkohlenbecken, ziehen sich die Wolkten wieder dichter zusammen. Ob und wann sie zur Entladung kommen, ist ungewiß.

Unlängst sind die vier Bergarbeiterverbände, der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter, der sozialdemokratische Verband, die polnische Vereinigung und das Kirch- und Dundersche Organisationswesen, zusammen gekommen und haben beraten, ob und welche Lohnforderungen zu stellen seien. Die Vertreter des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter haben sich auf den Standpunkt gestellt, daß eine Lohnforderung an sich durchaus berechtigt sei, sie hielten aber den Zeitpunkt dafür heute nicht gekommen. Aus folgenden Gründen: Einige Zechen haben bereits Lohnzulagen bewilligt, andere sie angekündigt. Nun solle erst abgewartet werden, ob die Zechenverwaltungen auf der ganzen Linie eine Lohnzulage gewähren würden, wie es in Aussicht gestellt sei. Sei dieses der Fall, sei eine gemeinsame große Lohnbewegung, die die ganze Bergarbeiterchaft und auch die übrige Bevölkerung in Aufregung bringt und auch das ganze Wirtschaftsleben beeinflusst, zur Zeit unzumutbar. Aber hinzu kam für den vorläufig ablehnenden Standpunkt der Gewerbevereinsvertreter noch die Tatsache, daß man in gewissen Kreisen einen Bergarbeiterkampf zu einem internationalen Solidaritätsstreik zu machen und ihn politisch auszunutzen versucht. Die politische Ausnutzung der Ruhrbergarbeiterbewegung ist bis heute schon von den Genossen gründlich befragt worden. Dazu will aber der Gewerbeverein seine Hand nicht heben. Er will keinen Kampf, der nicht im Interesse der deutschen Bergarbeiter und des deutschen Bergbaues läge, sondern Wasser auf die Mühle der englischen Gewerkschaften und der englischen Zechenaktionäre wäre, die auf der Lauer liegen, dem deutschen Bergbau Absatzgebiete abzufangen. Wäre ihnen das jetzt in der aufstrebenden Konjunktur möglich, würden schließlich die Vergleute und das deutsche verkrauthende Publikum die Kosten zu tragen haben. „Wir danken“, sagt der „Vergleutnappe“, das Organ des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter, „für die englischen Solidaritätsreden, die uns verleiten wollen, unsere eigene Industrie zu schädigen; wir sorgen lieber für uns und unsere Volksgenossen. Und wenn die Engländer denken, sie könnten durch ihr Geschrei über Streik und internationale Solidarität die deutschen Vergleute verleiten, jetzt ohne weiteres auch in den Streik einzutreten und dann schnell mit den englischen Arbeitgeber Frieden schließen und die gute Konjunktur auszunutzen, so sind sie im Irrtum. Wir gönnen den Engländern ja alles Gute, werden aber mehr auf ihre Taten wie auf ihren Mund sehen, weil wir eine Verbesserung der Lage der deutschen Vergleute erstreben. Und unsere Kameraden sind im allgemeinen der Ansicht, daß man erst mal den Streik in England sehen muß, ehe man daran glaubt.“

Diese einleuchtende und u. E. durchaus richtige Auffassung haben die Gewerbevereinsleiter vertreten. Zu einer zweiten, entscheidenden Sitzung sind sie dann überhaupt nicht mehr eingeladen worden und die drei übrigen Verbände knobelten unter sich aus, eine Lohnneingabe an den Zechenverband zu richten. Der Gewerbeverein hat diesen Schritt nicht mit, weil er ihn für verfehlt hält. Grundsätzlich ist er auch für eine Lohnforderung. Der „Vergleutnappe“ schreibt dazu:

„Ohne Zweifel können (aber) die Werkbesitzer eine Erhöhung der Löhne eintreiben lassen. Es ist das auch notwendig und muß energisch verlangt werden. In dieser Frage herrscht keine Uneinigkeit. Ebenso sind alle Richtungen der Ansicht,

daß eine Erhöhung der Löhne möglich ist. Selbst die Arbeitgebergerpresse muß das ja auch zugeben. Das eine Lohn-erhöhung notwendig ist, braucht wohl nicht mehr bewiesen zu werden.“

Wir wünschen dringend, daß die Werkbesitzer jetzt den Arbeitern ihren Anteil an den höheren Erträgen geben, und daß es nicht zu Reibereien und Streitigkeiten kommt. Es ist für beide Teile besser, wenn der Friede gewahrt wird. Dann kann im Interesse der Gesamtheit die gute Konjunktur voll ausgenutzt werden.“

Man hätte erwarten dürfen, daß die übrigen Verbände den Standpunkt des Gewerbevereins zum mindesten geachtet und respektiert hätten. Daß sie es nicht taten, bekräftigt uns in der schon früher ausgesprochenen Ansicht, daß hier auch noch andere Kräfte am treiben sind als nur der Wille, den Vergleuten Verbesserungen ihrer Lebenshaltung zu erobern. Gegen den Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter beginnt bereits die Hege. Aber er hat schon früher eine solche Schlammslut über sich ergehen lassen müssen und wird auch diesmal nicht darin erkaufen. Daß er bei seinen Mitglädern Verständnis findet, hat der Verlauf einiger außerordentlichen Bezirkskonferenzen bewiesen. Die so oft bewährte und von den übrigen christlichen Gewerkschaften bewunderte muster-gültige Disziplin der christlichen Bergarbeiter wird auch dieses Mal den Gewerbeverein nicht im Stiche lassen.

Die Besteuerung der Konsumvereine. Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist der Entwurf eines Gesetzes betr. die Abänderung des Einkommensteuergesetzes zugegangen. In diesem Entwurf hat die Regierung dem Drängen der Konsumvereinsfreunde nachgegeben und für die Konsumvereine und Konsumvereinsmitglieder zwei Verschlechterungen dem Abgeordnetenhaus unterbreitet. Im Paragraph 11 sind als steuerpflichtig die Gewinnanteile der Erwerb- und Wirtschaftsgenossenschaften aufgenommen, so daß von jetzt an auch die Rückvergütungen der Konsumvereine dem Einkommen zugezählt werden müssen. Im Paragraphen 15 hat der Antrag Hammer Aufnahme gefunden. Der betr. Absatz lautet:

„Bei Konsumvereinen gehört zu den steuerpflichtigen Ueberschüssen auch jede den Mitgliedern als Rabatt, Kundengewinn oder unter ähnlicher Bezeichnung gewährte Rückvergütung.“

„Wenn man die Begründung liest,“ so wird dazu aus Konsumvereinskreisen geschrieben, „fragt man sich unwillkürlich, welche Steuer man nicht ebenfalls mit der einfachen nichtsagenden Floskel begründen könnte: Die Freilaufung entbehrt jeder wirtschaftlichen Berechtigung.“ Jedes tiefere Ergreifen des Konsumvereinswesens, ihr Zweck, ihr Ziel und Geschäftsbahnen finden keine Beachtung, sondern es soll einfach dem Antrage der Gegner, der nicht aus steuerlichen Momenten heraus entstanden, sondern aus Konkurrenzneid geboren ist, entsprochen werden und die Konsumvereine einer Ausnahmebesteuerung unterworfen werden.

Die Wissenschaft sowohl wie die höchsten Gerichte haben des öfteren aus dem Wesen der Genossenschaften heraus entschieden, daß die Rückvergütung und der Ueberschuß der Konsumvereine nicht steuerpflichtig sei und nicht sein könnte. So lange der Konsumverein nur an seine Mitglieder die Waren verteilt, kann kein Reingewinn entstehen, sondern sich nur ein Fonds des bezahlten Ueberpreises der bezogenen Waren ansammeln, der rechtmäßig wieder im Verhältnis zu den gekauften Waren an die Mitglieder zurückgezahlt wird. Diesen zurückgezahlten Ueberpreis als Reingewinn, der versteuerbar sei, zu bezeichnen, ist einfach unsagbar und unlogisch. Wenn durch diesen gemeinsamen Bezug tatsächlich den Mitgliedern der Konsumvereine ein Vorteil in Höhe der Rückvergütung entsteht, ist das kein Einkommen, sondern Ersparnis beim Einkauf ihrer Lebensbedürfnisse. Ziehen wir nun einen sich tausendmal wiederholenden Fall aus dem Wirtschaftsleben heraus. Laufende Anzeigen der Tagesblätter bringen tatsächlich einen Artikel zu, sagen wir, 3 M. und 10 Stück zu 25 M. angeboten werden. Wenn nun 10 Leute sich zuammementum und 10 Stück zusammen kommen lassen, damit jeder den Artikel zu 2,50 M. erhält, wird kein mit gesundem Verstand begabter Mensch behaupten, daß diese Leute jetzt 50 Pfg. mehr versteuerbares Einkommen haben. Nein, das ist Ersparnis am Einkommen, welches schon versteuert ist.

Wenn dieser Entwurf Gesetzeskraft erhält, dann sind wir soweit, daß die Rückvergütungen der Konsumvereine zweimal besteuert werden. Erstens beim Einkommen der Mitglieder und zweitens als Reingewinn beim Konsumverein. Dadurch wäre eine Doppelbesteuerung einer Ersparnis herbeigeführt, die geradezu einen Konfens in der ganzen Steuergegebung darstellt.

Aber nicht nur dieses, nein, die Besteuerung ist ein Ausnahmengesetz schlimmster Art gegen die Konsumvereine. Dieser Rabatt soll nämlich nur bei Konsumvereinen steuerpflichtig sein. Weshalb nicht bei den Bezugs- und Absatzgenossenschaften der Landwirtschaft, weshalb nicht bei den Rohstoffeinkaufsgenossenschaften der Handwerker, weshalb nicht bei den Einkaufsvereinen der Detailisten. Alle die genannten Organisationen sind Genossenschaften, alle Organisationen gleichen Wesens. Alle verfolgen das Ziel, durch gemeinsamen Einkauf Vorteile für ihre Mitglieder zu erzielen. Weshalb, so fragen wir Regierung und Parlament, läßt man diese Genossenschaften der anderen Stände frei und zieht nur die Genossenschaften heran, deren Mitglieder zu acht- bis neun Zehntel dem Arbeiterstande angehören, also jenem Stande, der auf der wirtschaftlichen Wohlstandsleiter auf unterster Stufe steht? Wo bleibt da der Grundsatz: „Gleiches Recht für Alle!“

Und ferner, weshalb sind nicht die Rabatte der Rabattparvereine und der Privataufleute

ebenfalls steuerpflichtig? Bisher haben wir von den Konsumvereinsgegnern immer den Grundsatz gehört: Für die Konsumvereine gleiche Steuern wie für den Privat-handel. Die Besteuerung der Rabatte nur beim Konsumverein ist ein Schlag in das Gesicht der breiten Masse des Volkes. Alle Deduktionen können nicht über die Tatsache hinaus, daß für den Empfänger der Rabatt nur eine Ersparnis bedeutet, ob er nun vom Konsumverein, von einer anderen Genossenschaft, oder vom Rabattparverein oder zuletzt von einem Privataufmann ausgezahlt wird. Soll der Rabatt steuerpflichtig sein, muß er also nicht nur beim Konsumverein, sondern bei allen anderen Genossenschaften sowohl wie bei den Rabattparvereinen und zuletzt auch bei den Privataufleuten besteuert werden. Dieses entspricht dem Grundsatz der Gerechtigkeit. Diesen Schluß wird jedoch Regierung und Parlament nicht ziehen wollen und so wird, wenn man gerecht bleiben will, auch die Besteuerung der Konsumvereinsrabatte im Orkus verschwinden müssen.“

Sozialdemokratie und Monarchie. Die deutsche Sozialdemokratie ist eine Todfeindin unserer monarchischen Staatsform. Die Revolution des „Massenbewußten Proletariats“ soll auch den Königsthron stürzen. Zwar gibt sie ihrer republikanischen Gesinnung nicht immer offen Ausdruck; Kautsky hat mal gelegentlich empfohlen, mit der Propagierung der Republik recht vorsichtig zu sein, aus taktischen Gründen. In seiner Nummer 21 vom 26. Januar 1912 läßt aber der in Braunschweig erscheinende sozialdemokratische „Volkfreund“ alle Schranken der Vorsicht fallen, indem er den roten Wahlsieg als einen Sieg des revolutionären, republikanischen Gedankens feiert.

„Der Monarchismus hat sich überlebt, das empfinden auch unsere Gegner. Die monarchische Idee zündet nicht mehr, sie stößt die Besitzlosen viel eher ab oder läßt sie gleichgültig. Auch weit in bürgerliche Kreise hinein steht man der Monarchie innerlich ganz kalt gegenüber. Man bekennt sich gemißermaßen nur noch aus Gründen des sogenannten guten Tons zu ihr.“

Es ist ja für jene bürgerliche Kreise, die der Sozialdemokratie bei den letzten Reichstagswahlen Wahlhilfe geleistet haben, nicht gerade schmeichelhaft, den Vorwurf zu hören, sie seien nur noch des „guten Tons“ willen für den Monarchismus.

In der Nummer des folgenden Tages feiert der „Volkfreund“ sein republikanisches Bekenntnis fort:

„Unser Sieg schürt gleichzeitig überall die Freiheitsliebe und stärkt die republikanische Idee gegen die monarchische, die liberale gegen die konservative. Von unserem Siege profitieren nicht nur die Sozialisten, sondern auch die Republikaner in Portugal und Spanien. Auch die russische Freiheitsbewegung wird er neu beleben und kräftigen, selbst auf die chinesische Revolution wird er nicht ohne Einfluß bleiben.“

Daß der sozialdemokratische Braunschweiger „Volkfreund“ den Mut des freien Bekenntnisses hat, ist mit Rücksicht auf die jüngsten Vorgänge in der Politik besonders begrüßenswert.

Das Glend der französischen Arbeiterpolitik. Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, entnimmt der sozialistischen „Humanité“ eine Darstellung des derzeitigen Standes der sozialpolitischen Gesekentwürfe in Frankreich. Dabei gibt der „Vorwärts“ selbst zu, daß diese Darstellung die „ganze Kläglichkeit“ der französischen Sozialpolitik und zugleich des französischen Gewerkschaftswesens widerpiegeln. Er sagt:

„Das ist das Verbot der Kinderarbeit, das un-glaublicherweise in der von Radikalen und Sozialistisch-Radikalen beherrschten Republik noch immer im Bereiche der Forderungen liegt. Die Kammer hat die entsprechende Vorlage schon lange angenommen. Aber der Vater der Hindernisse, der Senat, in dem der Großkapitalismus noch viel unverschämter vorwiegt als in der Kammer, hat noch nicht gesprochen. Trotz der erschütternden Enthüllungen über die langsame Abschachtung der Kinder namentlich in den Glashütten hat das Unternehmertum den traurigen Mut, selbst gegen diese bescheidene Vorlage Sturm zu laufen. Und die Regierung, wie gewöhnlich in den Fragen, in denen es sich nicht um Konzessionen und ähnliche Geldquellen für die ihr nahestehenden Finanzliquen handelt, tut nichts. So scheint das Schicksal der Reform, zum Schaden der Masse und zur Schande der Republik, besiegelt zu sein. Das Schimpflichste aber ist die Gleichgültigkeit der Gewerkschaften. Während Unternehmerverbände und Handelskammern so wirkungsvoll ihre Interessen vertreten, bleiben die Arbeiterorganisationen, die zahlreich die Unterdrückung der Kinderarbeit gefordert haben, gleichgültig. Der Protest der Arbeiter kommt nicht, um der Aktion der Unternehmer, die den Erfolg ihres Drucks schon vorwegnehmen, entgegen-zuwirken.“

Nicht anders mit dem Zehnstundengesetz, das die Kammer noch zu beraten hat, und der Festsetzung eines Mindestlohnes für Heimarbeiterrinnen. Auch hier die verschiedensten lokalen und Landesverbände der Unternehmer und ihre Handelskammern in lebhaftester Bewegung, um durch Eingaben und Delegationen die Regierung und die Abgeordneten zu beeinflussen. Und die Arbeiterorganisationen? Nur einige Gewerkschaften sind bei der Arbeitskommission zugunsten der Gesetze vorstellig geworden. Nützlich, aber ungenügend. Das ermöglicht der Regierung, sich zu drücken und abzuschwenken, und den Abgeordneten, allzu gefällig den Weisungen des Ministers zu folgen.“

So sieht die Sozialpolitik in dem vom Radikalismus völlig beherrschten Frankreich aus. Und dies — was der „Vorwärts“ zu bemerken vergaß — trotz der sozialistischen Minister, die seit Jahren dem französischen Ministerium angehören. Auch im jetzigen sind ja wieder zwei derselben vertreten. Und die sozialistischen Gewerkschaften? Die haben keine Zeit, sich um derartige Fragen zu bekümmern. Derweil die Unternehmer ihre Interessen zu wahren verstehen, schlagen

sich die Führer der ersteren ob der Streitfrage, ob revolutionärer, antiparlamentarischer Syndikalismus oder Reformismus, die Köpfe kaput. Die Arbeiter aber sind die Leidtragenden.

Aus unserer Industrie.

Vom Baumwollgeschäft.

In Deutschland herrschte in der zweiten Hälfte des Januar und auch zu Beginn des Monats Februar im Baumwollgeschäft große Lebhaftigkeit. Die Spinnereien sind zum ersten Male seit mehreren Betriebsjahren voll beschäftigt und haben jetzt Abschlüsse bis zum letzten Quartal des laufenden Jahres zu guten Preisen. Da die steigenden Baumwollpreise auch die Ausrüster und den Großhandel zu namhaften Käufen veranlaßten, so konnten sich auch die Weber, namentlich in Rohware, Abschlüsse bis ins dritte und zum Teil bis ins vierte Quartal sichern. Bessere Preise konnten aber vorläufig nur in geringem Maße erzielt werden, und die Aufschläge gegenüber dem niedrigsten Preisniveau sind noch sehr geringfügig. Auch in Buntware wurde der Bedarf für den nächsten Herbst bereits gedeckt; Preiserhöhungen wurden aber noch nicht erzielt.

Jedenfalls verspricht das Jahr 1912 für die deutsche Baumwollindustrie ungünstiger zu werden als das vorige Jahr, und da zu den billigsten Preisen stark eingekauft wurde, so war die jüngste Gasse am Rohstoffmarkt für die Interessenten insofern vorteilhaft, als diese zum Teil einen Konjunkturgewinn erzielt haben. Andererseits ist aber zu wünschen, daß die Baumwollindustrie jetzt keine weiteren Fortschritte mehr mache, weil ja der Konsum an billigen Warenpreisen interessiert ist. Inmitten der beinahe allgemeinen Teuerung nehmen die Baumwollwaren durch ihren derzeitigen mäßigen Preisstand beinahe eine Ausnahmestellung ein.

Im Berliner Kursblatt ist die Baumwollindustrie nur durch verhältnismäßig wenig Gesellschaften vertreten, und soweit deren Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahr zusammenfällt, sind die Resultate des vorigen Jahres erst zum Teil bekannt. Am besten hat, nach dem „Tag“, die Wagener Spinnerei abgeschnitten, die die Dividende nur von 6 Prozent auf 5 Prozent ermäßigt hat. Die Spinnerei Hammerstein und Unterhausen, deren Aktien erst 1910 resp. 1909 an die Börse gebracht wurden, mußten die Dividenden stärker kürzen. Die Hammerstein Spinnerei von 10 Prozent auf 7 Prozent und Unterhausen auf 4 Prozent gegen 7 Prozent und 9 Prozent in den zwei Vorjahren. Obendrein werden die 4 Prozent nur aus der Reserve bezahlt. Die Gladbacher Spinnerei und Weberei mußte den Dividendencoupon wieder vollständig werden lassen, und die Pongz-Spinnerei und die Hüttenheimer Spinnerei (beide so wie die Gladbacher Spinnwebereien) werden, obgleich offiziell noch nichts bekannt gegeben wurde, die Aktionäre wieder leer ausgehen lassen. Auch bei den Gesellschaften, deren Aktien nur an Provinzbörsen gehandelt werden, überwiegen weitans die schlechten Resultate. Neben geradezu rutilanten Verlusten (eine Augsburgener Spinnweberei weist bei 4,5 Millionen Mark Aktienkapital 1,19 Millionen Mark Verlust aus, verteilt aber trotzdem 7 Prozent Dividende) gibt es aber auch günstige Ergebnisse. So kann die Leipziger Baumwollspinnerei, die für 1910 10 Prozent Dividende aus den Reserven verteilte, diesmal 12 Prozent für 3 Millionen Mark Aktienkapital aus 436.000 M. Reingewinn verteilen, und eine Bairreuther Spinnweberei schüttet aus 133.000 (42.000) M. Reingewinn wieder 6 1/2 Prozent Dividende aus. Nicht alle Unternehmungen wurden also von dem vehementen Rückgang der Baumwollpreise im vorigen Herbst in gleichem Maße überrascht. Manche Verwaltungen vermochten ihr Unternehmen mit nur geringen Verlusten oder ganz ohne Schaden und in einigen Fällen selbst ohne Kürzung des normalen Gewinnes aus dem Unwetter zu bringen.

Das Exportgeschäft der deutschen Konfektionsindustrie

hat sich im Jahre 1911 nicht durchweg befriedigend entwickelt. Die Gesamtumsätze blieben sogar etwas unter dem vorjährigen Niveau. Es wurden nämlich an Kleidern, Wäsche und Fußwaren insgesamt 89.368,61 dz exportiert gegen 91.288,05 dz im Jahre 1910. Dem Wert nach ergibt sich jedoch eine Steigerung der Ausfuhr von 95,23 auf 97,73 Millionen Mark. Die anfallende Ercheinung, daß trotz der Verminderung der Ausfuhrmenge eine Zunahme bei den Wertigkeiten eingetreten ist, erklärt sich aus dem ungewöhnlich hohen Preisstand der wichtigsten Textilrohstoffe im Jahre 1911. Der größte Teil der Ausfuhr entfällt auf die Damenkonfektion. Die nachstehende Zusammenstellung aus der „Konjunktur“ veranschaulicht die Bewegung des Exports von Frauen- und Mädchenkleidern in den Jahren 1910 und 1911:

	Menge		Wert	
	in Doppelzentnern	in Mill. M.	1910	1911
aus Seide	306,08	630,93	2,51	3,03
„ Wolle etc.	29.102,00	26.519,00	38,22	37,93
„ Baumwolle	15.243,00	15.370,00	13,26	14,08
„ anderen pflanzl. Spinnstoffen	323,00	268,00	0,42	0,29

Die Gesamtumsätze von Frauen- und Mädchenkleidern, Mieder, Hülsen, Schürzen und Unterröcken ging von 45.174,08 dz auf 42.787,93 dz zurück. Dem Werte nach ergibt sich eine Steigerung von 34,41 auf 35,33 Millionen Mark. Relativ am günstigsten entwickelte sich das Auslandsgeschäft in weiblichen Frauenkleidern. Eine recht erhebliche Abnahme wurde durch den Export von wollenen Kleidern von nach der Schweiz, Belgien, Großbritannien und den Niederlanden. Die Ausfuhr von Männer- und

Knabenkleidern entwickelte sich in den letzten beiden Jahren, wie folgt:

	Menge in Doppelz.	Wert in Mill. M.		
1910	1911	1910	1911	
aus Wolle, Kammgarn etc.	7225	7384	7,34	7,68
„ Baumwolle	6338	6014	3,80	3,73
„ anderen pflanzl. Spinnstoffen	110	122	0,06	0,07

Im Jahre 1911 wurden insgesamt 45.174,08 dz Männer- und Knabenkleider ausgeführt gegen 42.787,93 dz. Der Wert des Exports ist von 54,41 auf 55,33 Millionen Mark gestiegen. Besonders auffallend ist auch hier die Verminderung des Abfahes in Großbritannien und der Schweiz. Zum Teil recht ungünstig gestaltete sich das Exportgeschäft der Wäschekonfektion. Die Ausfuhr von Leibwäsche aus Gesundheitskrepp stieg von 17,23 dz auf 18,91 dz. Wollene Leibwäsche wurden 283 dz ausgeführt gegen 192 dz im Vorjahre. Hemden, Vorhemden, Manschetten usw. aus Baumwolle wurden im Auslande 9724 dz abgesetzt. Das bedeutet gegen das Jahr 1910 eine Abnahme um 287 dz. Dem Werte nach ergibt sich ein Rückgang von 9,29 auf 8,99 Millionen Mark. Die Ausfuhr von Bett-, Handtücher und Tischzeug aus Baumwolle ist von 1919 dz auf 1493 dz gesunken. Bett- und Tischwäsche aus Leinen usw. wurden 3655 dz exportiert gegen 3419 dz im Vorjahre. Der Wert der Ausfuhr ist von 2,39 auf 2,69 Millionen Mark gestiegen. Die Ausfuhr von Fußwaren und sonstigen genähten Gegenständen hat etwas zugenommen. Sie belief sich im letzten Jahre auf 16.989,77 dz gegen 15.830,74 dz im Jahre 1910. Der Wert der exportierten Waren erhöhte sich von 15,54 auf 17,00 Millionen Mark. Die Ausfuhr nach den wichtigsten Absatzgebieten betrug im Jahre 1911, verglichen mit dem Vorjahre, in dz:

	1910	1911	Zu resp. Abnahme
Großbritannien	19.151,38	17.452,12	- 1.699,26
Niederlande	21.575,16	20.230,58	- 1.344,58
Schweiz	12.414,92	11.604,14	- 810,78
Vereinigte Staaten	4.522,85	4.522,81	- 0,04
Türkei	755	590	- 165

Am kräftigsten ist der Export nach Großbritannien, den Niederlanden und der Schweiz abgelaufen. Das türkische Geschäft, das bisher ziemlich vernachlässigt wurde, verdient neuerdings besondere Beachtung, da infolge des Boykotts italienischer Waren der bisher wichtigste Verkäufer von Kleidern, Wäsche und unbearbeiteten Stoffen am türkischen Markte als Konkurrent für den deutschen Export nicht mehr in Betracht kommt.

Aus dem Verbandsgebiete.

Aus unseren Bezirken.

Die Agitation bei den Arbeiterinnen der Krefelder Textilindustrie.

Vom 22. Januar bis einschließlich 2. Februar fanden im engeren Krefelder Bezirk verschiedene Versammlungen statt, um den organisierten und unorganisierten Arbeiterinnen Gelegenheit zu geben, sich in gewerkschaftlichen Dingen einmal auszusprechen. Bekanntlich machen wir als Arbeiterinnen von der Aussprache in dieser Hinsicht nur allzu wenig Gebrauch; deshalb sollen bei besonderen Anlässen, wie es unsere Arbeiterinnenversammlungen sind, die Schranken der Heideideeheit und der Furcht fallen. Der Fortschritt in der Arbeiterinnen- und Jugendagitation hängt eben auch davon ab, ob die Arbeit auf gegenseitiger Verständigung beruht, ob mit Ueberlegung und mit System dabei vorgegangen wird.

Die obigen Versammlungen waren vorwiegend gut vorbereitet, doch war der Besuch nicht immer entsprechend. In der ersten öffentlichen Versammlung wurde eine Kommission gewählt, welche sich in der Folge sehr gut bewährte und in den übrigen Veranstaltungen sich in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt hat. Manches jäumige Arbeiterin wurde dadurch zum Besuch der Versammlungen angehalten, und manche andere ist für den Verband gewonnen worden. Die Aufmerksamkeit war immer gut, die Anfragen aus den Kreisen der Zuhörerinnen waren nicht gerade zahlreich, doch ließ sich hieraus die Stimmung unter den Kolleginnen erkennen, und die ausflürenden Worte mögen wohl allen genützt haben. Nur in einer Versammlung wollte der Redefluß nicht so recht eintreten, weil dort eine Vorarbeiterin sich eingestellt hatte; ob dieselbe aus aufrichtigem Gute. Je, um unsere gewerkschaftlichen Arbeiten kennen zu lernen, was ihren Besuch angeht, oder ob durch denselben andere Zwecke verfolgt wurden, — das entzieht sich unserer Kenntnis. Doch dürften heute sowohl die Arbeiterinnen, als auch jede Vorarbeiterin oder Direktrice wissen, daß es in Deutschland ein Koalitionsrecht gibt, auf Grund dessen wir uns organisieren und im wirtschaftlichen Leben arbeiten. Je schärfer diese die Mehrzahl der Arbeiterinnen sich in dieser Beziehung gibt, um so mehr wird oder kann eine einzelne Person ihren niederträchtigen Einfluß geltend machen; das zielbewußte, ruhige und energiegelbe Eintreten der organisierten Arbeiterinnen aber wird diesen Einfluß immer vereiteln.

Die Arbeits- und Lohnverhältnisse mancher Betriebe machen die gewerkschaftliche Organisation immer notwendiger. Es sei nur daran erinnert, daß hier in der Seidenindustrie den Arbeiterinnen mit Vorliebe gewisse Arbeiten etwas niedriger angerechnet werden; wenn dann ein Arbeiter dieselben Artikel arbeitet, bekommt er natürlich mit denselben Lohnmaße gemessen, wie die eine oder die andere Arbeiterin vorher. Beispielsweise der Arbeiter, so wird er dahingehend verwiesen, daß „Anderer“ schon zu denselben Löhnen den betreffenden Artikel gearbeitet hätten. Auf diese Weise werden Arbeiterinnen künstlich zu Konkurrentinnen gemacht, so unter man ihnen

zu, unbewußt ihre Mitarbeiter zu unterbieten. Daß derartige Vorkommnisse auf das Einvernehmen der Arbeitererschaft eines Betriebes oder einer Abteilung nicht günstig wirken, ist zu verstehen. Weil aber die erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit auf dem Gemeinschaftsgeist der Arbeiter und der Arbeiterinnen fußt, so müssen eben auch die gemeinsamen Interessen den letzteren klar gemacht werden.

Deshalb wird auch in Krefeld noch so manche Aufklärungsarbeit geleistet werden müssen. Diese Aufgabe haben nun aber auch in dankenswerter Weise die dortigen Arbeiterinnenvereine mit übernommen. In einem derselben war es uns vergönnt, einen Vortrag über die Reichsversicherungsordnung vor einer zahlreichen und dankbaren Zuhörerschaft zu halten. Was soziale Schulung anbelangt, wird in jedem der sieben Vereine auch in Zukunft weiter gearbeitet. Und das ist gut so, denn vom sozialen Verständnis der arbeitenden Frauenwelt hängt der Sieg der christlichen Weltanschauung im Wirtschaftskampfe ab.

Den Schäden vorzubeugen ist leichter, als sie wieder gut zu machen. So manche Arbeiterin und Arbeiterfrau glaubt mit der Erfüllung der religiösen Pflichten genug zu tun und scheut sich, der christlichen Organisation beizutreten — vielleicht hauptsächlich deshalb, weil hier von Opferwilligkeit gesprochen wird. Wenn aber bei dieser Zaghaftigkeit der „Unrigen“ die Gegner Zeit und Gelegenheit wahrnehmen, sich Anhänger und Anhängerinnen zu verschaffen, wenn z. B. Söhne und Töchter braver Eltern in den sozialdemokratischen Gewerkschaften angetroffen werden und wenn die Zahl der „Roten“ sich mehrt, dann — ja, dann ist der Jammer und das Stöhnen groß! Darum, liebe Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen, denkt daran: vorbeugen ist besser als heilen! Kommt ferner in großer Anzahl in die Mitgliederversammlungen!

Berichte aus den Ortsgruppen.

Bamberg. Wir wollen, nachdem die Reichs- und bayerischen Landtagswahlen vorüber sind, unsere ganze Kraft einsetzen, um die Ortsgruppe im neuen Jahr nach innen und außen zu stärken. Das war die Stimmung, die in unserer Jahresgeneralversammlung am 7. Februar zum Ausdruck kam. Nachdem der Kassenbericht vom 4. Quartal 1911 erstattet war, gab Kollege Wittelind einen Ueberblick über das verlossene Jahr. Aus demselben entnehmen wir kurz folgendes: Im Berichtsjahre fanden statt: Mitgliederversammlungen 19, öffentliche Versammlungen 7, Fabrikversammlungen 30, Vorstandssitzungen 14, Vorstandssitzungen und Vertrauenspersonensitzungen 28. Außerdem wurden zwecks Schulung und Bildung der Mitglieder wöchentliche Unterrichtskurse abgehalten und zwar für die in Bamberg wohnenden Mitglieder Freitag abends in den Luitpoldsälen, für die in Gausstadt wohnenden Mittwoch abends im Volksgartenstraße. Nebenbei wird vom Bezirksleiter, Kollegen Müller, einen Stenographiekursus geleitet. Alle Kurse dauern zur Zeit noch fort und erfreuen sich eines recht guten Besuchs. Wenn auch im verlossenen Jahre die Mitglieder unserer Ortsgruppe nicht in größere Lohnkämpfe verwickelt wurden, so hat doch der Verband finanziell viel Gutes in Form von Unterstützungen unsern Kollegen und Kolleginnen gebracht. Das finanzielle Ergebnis im Jahre 1911 war folgendes: Die Einnahmen betragen 7492,10 M., die Ausgaben 4582,44 M. An Unterstützungen wurden gezahlt: Krankenunterstützung 1632,50 M., Arbeitslosenunterstützung 574,70 M., Reiseunterstützung 86,22 M., Rechtschutz 106,90 M., Streikunterstützung 67,12 M. Die angeführten Zahlen widerlegen die so oft von unorganisierten Arbeitern und Arbeiterinnen mit Unrecht gemachte Einwendung: „Der Verband nützt ja doch nichts.“ Kollege Wittelind ging am Schlusse seines Geschäftsberichts auf die Schwierigkeiten ein, die im verlossenen Jahre zu überwinden waren. Auch dankte er allen Vorstandsmitgliedern, Vertrauenspersonen und Förderern unseres Verbandes für ihre geleistete Arbeit und sprach den Wunsch aus, auch fernerhin im Interesse der guten Sache zu wirken. Ein langjähriges, eifriges Mitglied dankte im Namen der Ortsgruppe den beiden örtlichen Führern, den Kollegen Müller und Wittelind, für ihre aufopfernde Tätigkeit im verlossenen Jahre. Mit dem Hinweis, daß in aller nächster Zeit eine außerordentliche Mitgliederversammlung stattfindet, in der über eine, für unser inneres Verbandsleben bedeutungsvoll gewordene Neuerung gesprochen wird, schloß der Vorsitzende die schön verlaufene Generalversammlung.

Bamberg. Ueber die Notwendigkeit der Einführung eines besonderen lokalen Wochenbeitrages referierten in drei außerordentlichen Mitgliederversammlungen die Kollegen Müller und Wittelind. Die Versammlungen wiesen einen guten Besuch auf, was wohl darauf zurückzuführen war, daß alle Mitglieder eine besondere Einladung zu den Versammlungen durch die Post zugesandt erhalten hatten. In der sich an die Referate anschließenden Aussprache wurde von mehreren Mitgliedern die Notwendigkeit der Einführung dieser für unser inneres Verbandsleben bedeutungsvoll gewordenen Neuerung anerkannt und an die schweren wirtschaftlichen Kämpfe erinnert, die ganz besonders in der deutschen Eisen- und Textilindustrie schon durchgeführt werden mußten und auch wohl in der Zukunft nicht ausbleiben würden. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß die große Aussperrung in deutschen Baugewerbe, die man nicht zu Unrecht oft eine Massenaussperrung genannt habe, vor einigen Jahren wohl kaum mit einem Siege der Bauarbeiter und somit der ganzen deutschen Arbeiterschaft geendigt haben würde, wenn nicht die Kassen der kämpfenden Arbeiterorganisationen rechtzeitig von der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft leistungsfähiger gemacht worden wären. Unsere Organisationen könnten nur das für uns sein, was wir aus ihnen machen. Würden wir sie ausbauen und leistungsfähiger machen, dann müßten zum Segen der deutschen Arbeiterschaft unsere Gewerkschaften noch aktionsfähiger werden und mit noch größerem Erfolge für uns wirken. Die Einsicht über die Bedeutung notwendiger Reformen für unser inneres Verbandsleben wie sie in den Versammlungen durch die Mitglieder zum Ausdruck kam, läßt erwarten, daß in einer recht bald stattfindenden Generalversammlung zu der wiederum alle Mitglieder eine besondere schriftliche Einladung erhalten werden, einem fortschrittlichen Beschlusse mit freier Begeisterung zugestimmt wird. Wenn bereits eine große Anzahl von Ortsgruppen sich für obligatorische Einführung von Lokalführern entschieden hat, dann wollen auch wir in Bamberg nicht mehr lange zurückstehen vor anderen Ortsgruppen.

Wetzlar. Am 21. Januar fand die Generalversammlung unserer Ortsgruppe statt, welche sich eines guten Besuches erfreute. Der Vorsitzende, Kollege Clemens, erstattete den Jahresbericht, der ein erfreuliches Bild ernsthafter Gewerkschaftsarbeit innerhalb unserer Ortsgruppe bot. Der Mitgliederbestand am 1. Januar 1912 ist 648. Der Kassierer, Kollege Orts, gab den Kassenbericht, dem zu entnehmen ist, daß eine Jahreseinnahme von 9885 M. zu verzeichnen war. Die Ausgaben betragen an Ablieferung für die Zentrale 7181,32 M., an Krankengeld 795,95 M., an Anteil für die Ortsgruppe 1407,73 M. Letztere hatte eine Einnahme von 1420,63 M., demgegenüber steht eine Ausgabe von 1287,90 M., bleibt ein Ueberschuß von 182,73 M., dazu ein Kassenbestand am 1. Januar 1911: 203,85 M. Der Bestand unserer Ortsgruppenkasse ist demgemäß am 1. Jan. 1912: 386,58 M. Die Wahl der Vertrauensleute, welche sich hieran angeschlossen, ergab die Wiederwahl 6 alter Vertrauensleute und 6 Neulinge, meist jüngere Kräfte. Der bisherige Vorsitzende, welcher schon lange Jahre im Vorstand tätig gewesen ist, wünschte, bei der Wahl von seiner Person Abstand zu nehmen. Diesem Wunsche kam die Versammlung nach und wählte den Kollegen Bernh. Orts zum ersten Vorsitzenden. Derselbe dankte unter lebhafter Zustimmung der Anwesenden dem Kollegen Clemens für seine aufopfernde und rührige Tätigkeit und bat, ihm gegenüber volles Vertrauen an den Tag zu legen. Für die ausscheidenden Vorstandsmittelglieder Schmitz, Reinardy und Wietzen wurden die Kollegen Baus, Klumpen und Hornes, zudem die Kolleginnen Dehlen, Breuß und Kemmerz gewählt. Der Kollege Clemens erbot sich, die Kassengeschäfte an Stelle des nunmehrigen Vorsitzenden weiterzuführen, dem die Versammlung zustimmte. Darauf erstattete der Kollege Müller-Bladbach einen Bericht über das Jahr 1911 innerhalb unserer Ortsgruppe Gewerkschaftsbewegung und feierte die Kollegen zu tatkräftiger Weiterarbeit im neuen Jahre an. Nun, Betrather Kollegen und Kolleginnen, aufgerafft und mitgeschafft, bis der letzte Kollege sich uns angeschlossen hat.

Düsseldorf. Guten Besuch und gute Stimmung müssen Generalversammlungen aufweisen, wenn sie in gewerkschaftlicher Hinsicht einen Treffer ins Schwarze sein sollen. Diese beiden Merkmale waren unserer Versammlung am 6. Februar zu eigen. Aus dem Jahresbericht ging hervor, daß wir im verfloßenen Jahre 15 Mitglieder zugenommen. Die Einnahmen betragen 939,20 M., die Ausgaben 166,56 M. An die Zentralkasse wurden 631,76 M. abgeführt. Der Bestand der Ortsgruppenkasse stieg von 65,74 M. auf 116,18 M. In den Vorstand wurde als Schriftführer der Kollege W. Jensen neugewählt. Der an den Jahresbericht anschließende Kartellbericht wies einen sehr erfreulichen Mitgliederzuwachs nach. Als Kartellbelegierte wurden die Kollegen Joh. Eller und Max Bittinger bestimmt. Die bisherigen Mitglieder des sozialen Ausschusses und die Revisoren wurden auf Wunsch der Versammlung auch für das neue Jahr beibehalten. Kollege Neumann referierte hierauf über „Die gegenwärtige Situation der christlichen Gewerkschaften“. Sämtliche Kollegen stimmten den Ausführungen in allen Teilen zu und versprachen, tatkräftig an der Ausbreitung der christlichen Gewerkschaften und speziell unserer Ortsgruppe mitzuarbeiten.

Embsdellen. Als eine schwarze Ecke ist seitens unserer roten Gegner oft das Münsterland bezeichnet worden. Sie haben trotz eifriger Agitation wesentliche Erfolge nicht erzielen können. Wer aber hieraus die Schlüsse ziehen wollte, daß die münsterländische Arbeiterschaft rückständig sei, daß sie nicht mitarbeite an der Hebung ihres Standes, irrt sich gewaltig. Arbeitervereine und christliche Gewerkschaft arbeiten schon seit Jahren Hand-in-Hand, und ihren Bemühungen ist es zu verdanken, daß die hiesige Arbeiterschaft zum großen Teile bereits in christlichen Berufsverbänden organisiert ist. Auch unsere Ortsgruppe hat Dank dieser gemeinsamen Agitation gute Fortschritte gemacht, wie ein kurzer Auszug aus dem diesjährigen Jahresbericht hier zeigen soll. Es mag hier gleich zu Anfang gesagt sein, daß wir mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Unsere Arbeitgeber arbeiten mit allen Mitteln gegen uns, und es nahm im vorigen Jahre durch die große Ausperrung, an welcher wir mit über 1000 Mitgliedern beteiligt waren, fast den Anschein, als ob man mit einem Schläge all das vernichten wollte, was wir mit großer Mühe aufgebaut hatten. Schwarzfahrer zählten bereits unsere Tage, Fanatiker stimmten schon den Grabgesang an. Doch hat unsere Ortsgruppe diesen Vernichtungskampf gut bestanden, welches schon aus folgender Einnahme hervorgeht. Sie betrug im ersten Quartal 5340,30, im zweiten 5216,60, im dritten, dem ersten Quartal nach der Ausperrung, 5411,90, im vierten 5305,60 M., welches eine Gesamteinnahme von 21274,40 M. ausmacht. Die Zahlen zeigen zur Genüge, daß die Mitglieder aus dem Kampfe die richtige Lehre gezogen haben. Die Mitgliederzahl betrug im ersten Quartal 1071, im zweiten 1196, im dritten 1164 und im vierten 1159 Mitglieder. Besonders groß war die Zahl der Versammlungen, sie betrug 142, von diesen waren 112 Fabrikversammlungen. Hierin ist schon die Schwierigkeit zu erkennen, die unseren Mitgliedern von seiten der Arbeitgeber bereitet werden. Auf alle mögliche Weise suchte man unseren Kollegen und Kolleginnen den Organisationsgedanken auszutreiben. Agitatorisch tätige Kollegen wurden nach der Ausperrung kurzerhand als Heber bezeichnet und nicht wieder eingestellt. Andere mußten dem Druck der Arbeitgeber folgen und austreten um nicht um Brot und Arbeit zu kommen, kurz, die Zugehörigkeit zur Organisation zieht alle Folgen nach sich. Bedauerlich ist, daß in diesem Kampfe gegen uns auch Meiner und Angestellte, wenn auch verpöndelt, ihre Rolle spielten. Hierüber liegt uns ein Fall vor, der das Gesagte zur Genüge beweist. Kurz nach der Ausperrung wurde unserem jetzigen Vorsitzenden, Kollegen Wilp, bei der Firma Schilgen gekündigt, als Grund wurde angegeben, er habe das während der Ausperrung fällige Krankengeld nicht rechtzeitig genug entrichtet. Wilp war bereits 18 Jahre bei der Firma als Weber beschäftigt und seit mehreren Jahren Mitglied des Arbeiterausschusses. Wir ahnten gleich, daß hier etwas Anderes mitgespielt wurde, und diese unsere Ahnung wurde bestätigt durch einen Brief, der bei unserem Geschäftsführer, Kollegen Hellebröder, einging. Wir geben denselben hier wörtlich wieder:

„Ich erachte es als meine Pflicht und Schuldigkeit, Ihnen etwas sehr Wichtiges mitzuteilen, obgleich ich nicht organisiert bin. Ich habe sozusagen ein kleines Büchlein in der Fabrik. Noch ein paar Jahre und dann werde auch ich Farbe bekennen. Ja, ich sehe wie Ihr vorwärtschreitet. Uns Unorganisierten wird in die Schuhe geschoben, daß Ihr nicht könnt wie Ihr wohl wollt. Wir fallen Euch, wie Ihr zu sagen pflegt, in den Rücken. Nein, ich Euch nicht. Ich habe stets sehr große Achtung gehabt vor dem verstorbenen Hermann Meiners. Gott möge es ihm vergelten was er für uns Arbeiter getan hat. Nun zur Sache, was ich Euch mitteilen wollte, Felix Wilp ist Samstag Abend gekündigt worden. Ihr seit gespannt, weshalb mag er wohl gekündigt sein? Ich will's Euch sagen. Der

Meister Gathues hat Samstag Abend folgendes zu den Untermeistern gesagt: Ich habe schon oft den Auftrag vom Kontor erhalten, Wilp zu sagen er möge sich kündigen und nach anderer Arbeit umsehen. Ich möchte es ihm aber nicht sagen. Jetzt eben ist er gekündigt worden. Das über den Meister. Doch wer trägt die Hauptschuld? Die hat Anton Beermann, der hat Wilp aber angezwängt. Ich erinnere Felix Wilp bloß an diesen Frühjahr, wo eines Abends Anton Beermann auf seinem Grundstück, in der Nähe von Wilp seinem Hause, beschäftigt war. Als Felix Wilp da mit seiner Karre voll Mist über Beermann sein Grundstück schob ohne demselben guten Abend zu sagen, und als Anton Beermann ihm sagte, was er da mache, gab er ihm zur Antwort, er brauche nicht bange zu sein, daß er ihm die Karre da umkippen werde. Wie ich bestimmt weiß, werden bald noch mehrere gekündigt werden, das heißt, wenn Ihr nicht anders eingreift. Felix Wilp aber möchte ich zurufen! Es ist ein harter Schlag für ihn, er hat's nicht verdient. Doch jetzt nicht den Mut verloren, es kommen noch andere Zeiten. Noch ein paar Jahre und dann bin auch ich organisiert.“

Soweit der Briefschreiber. Seine Angaben sind mehr als einmal interessant. Sie zeigen zunächst, daß es dem Briefschreiber auch noch an der nötigen Bewegungsfreiheit fehlt. Weiterhin haben wir hier den schriftlichen Beweis, welche Ursachen dieser Kündigung zu Grunde gelegen haben, trotzdem der Vertreter der Firma Bartmann dieses dem Kollegen Wilp gegenüber erboft ablegnete. Für den Untermeister Beermann wäre es jedenfalls besser gewesen, daß er die bessernde Hand an sich selbst angelegt und seine, von ihm so oft gepriesenen „Talente“ bei seiner Arbeit als Stuhlmeister zur Anwendung gebracht hätte. Einzig und allein wurden über ihn von den Webern wiederholt Klage geführt dem Arbeiterausschusse gegenüber. Es ist noch gut erinnerlich, daß er seinerzeit dem Ausschusse nachließ, und hat, doch diese Klagen auf dem Kontor nicht vorzubringen, es ist dies auch unterblieben und nur beim Obermeister Anzeige erstattet worden. Doch schweigen wir darüber, die ihm unterstellten Arbeiter wissen ja, was für ein Wort von ihm zu halten haben, übrigens paßt für ihn das Sprüchwort: „Der größte Lump im ganzen Land, das ist der...“ Mit dem Briefschreiber sagen auch wir: „Nicht den Mut verloren“, es kommen noch andere Zeiten. Mag man uns hindern in den Weg legen was man will, wir werden es wegräumen suchen. Wer weiß was das neue Jahr uns noch bringen wird. Das hier mit aller Schärfe eingeführte Sperrsystem hat insofern eine Abänderung erfahren, als heute Arbeiter, ohne einen andern Arbeitgeber zu besitzen, nach vierwöchentlicher Pause bei dem andern Arbeitgeber in Arbeit treten können. Man soll nun sogar dazu übergegangen sein, Arbeiter vier Wochen lang zu unterstützen, um dieselben nur in Arbeit zu bekommen. Es scheint, als ob die Herren Arbeitgeber mit dieser Einrichtung selbst nicht mehr so recht zufrieden sind. Doch haben wir auch im neuen Jahre einen bisher einzig dastehenden Fall zu verzeichnen. Bei der Firma Wilmers sind in letzter Zeit Säcke als schlecht genäht zurückgekommen. Weil die Firma die fertigen Waren nicht kontrolliert, wurde gelobt, welche von den Arbeiterinnen den Betrieb verlassen sollte. Anstatt nun diese unter die Arbeiterinnen selbst machen zu lassen, geschah es auf dem Kontor ohne jedwede Kontrolle. Wie zu erwarten war, traf es unsere Kollegin Kamp, obgleich der Firmeninhaber, sowie die ganze Arbeiterschaft weiß, daß dies die beste Näherin ist. Wir wollen nicht deutlicher werden, aber dennoch die Behauptung aufstellen, daß es Personen gibt, die wissen, wo die Sünderin zu finden ist, aber man könnte dann eine treffen, die man so gerne behalten möchte. Ob aber nun die schlechten Säcke verschwinden werden, möchten wir bezweifeln. Wenn nun die Firma ihre Drohung wahr macht, und bei der nächsten Gelegenheit nochmals loßt, so wollen wir schon jetzt, von diesem Loß triift. Doch wir wollen uns durch alle diese Schikanierungen nicht kopfscheu machen lassen, zeigen sie doch, daß wir uns auf dem richtigen Wege befinden, sonst würde man uns nicht derartig bekämpfen. Folgen wir wie bisher treu dem gesteckten Ziele, und die Zeit wird nicht mehr allzu fern sein, wo wir uns doch die Anerkennung der Arbeitgeber im schwarzen Münsterlande erringen werden.

Gulba. Ein Bild regen gewerkschaftlichen Lebens bot unsere sehr gut besuchte Jahresgeneralversammlung im Januar, an der auch unser Bezirksleiter, Kollege Müller aus Bamberg, teilnahm. Einen sorgfältig ausgearbeiteten Jahresbericht, der vom Schriftführer, Kollegen Elm, erstattet wurde, war so recht geeignet, allen Versammelten den Wert der gewerkschaftlichen Organisation recht lebendig vor Augen zu führen. Im Berichtsjahre wurden abgehalten 1 General-, 4 öffentliche, 3 Mitglieder- und 13 Fabrikversammlungen, sowie außerdem noch 9 Vorstand- und Vertrauenspersonensitzungen. Eine größere Lohnbewegung wurde mit Erfolg durchgeführt in den vereinigten Schußstoff-Fabriken. Die Weber erhielten eine Zulage von 3 bis 7 Prozent, die Tagelöhner 20 bis 30 Pfennig pro Tag mehr. Den Webern wurden dazu noch die 10 Prozent, die früher als außerordentliche Zulage bezahlt wurden, auf den Grundlohn festgelegt. Die Arbeiter der „Krähmühle“ (Füllfabrik) und der Füllfabrik Frankfurtstraße erhielten je 10 und 20 Pfennig Mehrlohn pro Tag. Die Gesamteinnahme der Ortsgruppe betrug 1911 2565,85 M. An die Zentralkasse wurden abgeschickt 1262,59 M. Der Anteil der Ortsgruppe betrug 385,61 M. An Arbeitslosenunterstützung wurden ausbezahlt 134,70 M. und an Krankenunterstützung 225,05 M., zusammen 559,75 M. Der bisherige Vorsitzende, Kollege All, wurde einstimmig als erster Vorsitzender wiedergewählt. Als zweiter Vorsitzender ging aus der Wahl Kollege Schneid und als zweiter Kassierer Kollege Hillenbrand hervor. Kassenrevisoren wurden Vichert, Altstadt und Ad. Jos. Hohmann. Kartelldelegierte: Schneid und Nebelacker und als deren Vertreter Leonhard Montag und Martin Jand. Das Unterstützungswesen, wie besonders die Kranken- und Arbeitslosenunterstützung hat Kollege Magnus Hillenbrand übernommen. Nachdem die aus der Wahl hervorgegangenen Mitglieder sich zur Annahme der Mandate bereit erklärt hatten, wurden vom Bezirksleiter die Verdienste der Vorstandsmittelglieder und Vertrauenspersonen gewürdigt und ihnen der Dank der Verbandsleitung für ihre erfolgreiche Wirksamkeit im verfloßenen Berichtsjahre zum Ausdruck gebracht. Hierauf wurde vom Kollegen Müller in einem längeren Vortrage erschlüssend die Frage beantwortet: „Warum ist die obligatorische Einführung von Sozialbeiträgen in unserem Verbands notwendig und aus welchen Gründen empfiehlt sich die baldige Einführung von Sozialbeiträgen?“ Die Darlegungen des Referenten wurden von den Versammelten mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Leider konnte wegen der weit vorgeschrittenen Zeit an das Referat keine ausgiebige Aussprache der Mitglieder sich mehr anschließen und es wurde darum beschlossen, in der bald abzuhaltenden außerordentlichen Generalversammlung die Frage nochmals zu erörtern und dann über die Einführung eines Sozialbeitrages einen Beschluß herbeizuführen. Die Mitglie-

der werden in anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung für die nächste Versammlung dringend eingeladen vollständig zu erscheinen.

Glauchau. Der Bericht in Nr. 5 unserer Zeitung aus Sachsen-Thüringen bedarf infolgedessen eine Ergänzung, als auch bei der Firma N. Gulcke in Glauchau seit drei Wochen eine „Lohnregulierung“ stattgefunden hat. Eine Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen hat Zulagen erhalten. Es haben erhalten alle Arbeiterinnen 1 Pf. pro Stunde Zulage, von den Arbeitern hat ein Teil 2 Pf., ein Teil 1 Pf., und ein anderer Teil gar nichts erhalten. Es ist also wenig, was die Arbeiter erhalten haben, aber auch dies würde nicht geklagt worden sein, wenn nicht einige Arbeiter so auf den Arbeiterausschusse eingewirkt hätten, daß derselbe beim Chef vorstellig wurde. So ist doch wenigstens etwas erreicht worden. Es könnte aber besser sein, wenn die Arbeiterschaft einiger wäre. In dem betreffenden Betrieb ist der größte Teil der Arbeiter im sozialdemokratischen Verband organisiert, welche ihre Aufgabe mehr in der Bekämpfung jedes Andersdenkenden sehen, als in einer ziel- und standesbewussten Vertretung der Arbeiterinteressen. Auch in diesem Betrieb herrscht wie fast überall die Unsitte, daß die „deutschen“ Verbände gegen Andersgefinnte ein ganz undudliches Wesen zeigen, und die Mitglieder abzutreiben suchen und darüber den Zweck jeder Arbeiterorganisation vergessen. Gerade in letzter Zeit ist dies öfters hervorgetreten. Vernichtung der Christlichen scheint ihre Parole zu sein. Es haben dies ja auch mehrere von ihnen öffentlich als ihr Ziel angegeben. Es sei zugegeben, daß der „deutsche“ Verband in seinem Verkehr mit den Arbeitgebern sich der Sachlichkeit befleißigt, leider läßt sich dies aber nicht sagen in Bezug auf den Verkehr mit Mitarbeitern. Durch das undudlsame Verhalten der „deutschen“ Verbände und gegenüber entstehen Reibereien, durch welche die Nichtorganisierten einen schönen Entschuldigungsgrund dafür haben, überhaupt jeder Organisation auszuweichen. Den Schaden davon hat die Gesamtarbeiterschaft und der ganze Organisationsgedanke. Es ist dabei selbstverständlich, daß sich auch bei uns die Stimmen mehren, welche eine scharfe Kampfesstellung gegenüber dem „deutschen“ Verband verlangen. Hoffentlich kommt den Deutschen doch einmal ihr arbeiterschädigendes Treiben zum Bewußtsein.

Gerolz. In der am 28. Januar stattgefundenen Generalversammlung wurde als erster Vorsitzender der Ortsgruppe Johannes Güler, genannt Faust, und als sein Stellvertreter Kollege Joseph Zinzand gewählt. Als Kassierer wurde Kollege Schäfer wiedergewählt, als Schriftführer Kollege Johannes Müller und als Vertrauenspersonen Joseph Müller, Joseph Zinzand, Kaspar Loh und Ludwig Zinzand, als Revisoren Bernhard Hartung und Adam Bauer. Dem Kassierer, Kollegen Schäfer, wurde nach Erstattung des Kassenberichtes Entlastung erteilt. Da zu der nächsten Versammlung unser Bezirksleiter sich einfindet und über eine für unser inneres Verbandsleben bedeutungsvolle gewordenen Neuerung einen Vortrag halten wird, darf ohne genügende Entschuldigung und ohne stichhaltigen Grund in dieser Versammlung kein Mitglied fehlen.

Kirchhennbach. Ueber eine neue wichtige Reform in unserm Verbands wurden mir am Sonntag, den 4. Febr., in einer gut besuchten Versammlung von dem Vorsitzenden der Ortsgruppe Forchheim, Kollegen Kaiser, aufgeklärt. Zu der Versammlung hatten sich, was volle Anerkennung verdient, eine Anzahl Verbandsmitglieder aus den benachbarten Orten und den Ortsgruppen Forchheim und Weilersbach eingefunden. Der Referent verstand es, alle Versammelten von der Notwendigkeit der Einführung eines lokalen Beitrags zu überzeugen. Diesen Eindruck auf die Versammlungsbesucher machten auch die ruhigen und zu Herzen gehenden Worte eines langjährigen Mitgliedes, der trotz seiner ergrauten Haare sich für die hehren Ideale unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung warm begeistern konnte. In seinem Schlusswort wies der Referent Kollege Kaiser darauf hin, daß bereits eine Versammlung der Nachbarortsgruppe Forchheim einstimmig und mit hoher Begeisterung den Beschluß gefaßt habe, ab 1. April 1912 einen wöchentlichen Lokalbeitrag von 10 Pf. zu erheben und er forderte nachdrücklich die Versammelten auf, auch in Kirchhennbach und Weilersbach im Interesse der Textilarbeiterschaft recht bald dem Beispiele der Ortsgruppe Forchheim zu folgen.

Lobberich. Auf der am 21. Januar stattgefundenen Generalversammlung unserer Ortsgruppe wurde als erster Punkt der Tagesordnung die Abrechnung vom vierten Quartal 1911 verlesen. Danach betragen die Einnahmen 3941,60 M. An Krankenunterstützung wurden ausbezahlt 284,25 M., Arbeitslosenunterstützung 123,15 M., Reiseunterstützung 1,60 M., Sterbeunterstützung 20 M. An die Zentralkasse wurden abgeteilt 2921,28 M. Der Bestand in der Ortsgruppenkasse betrug am Ende des dritten Quartals 1688,56 M., dazu Einnahme im vierten Quartal 591,22 M., macht zusammen 2279,78 M. Die Ausgaben betragen 857,29 M. Mithin Bestand in der Ortsgruppenkasse am 31. Dezember 1922,49 M. Hierauf erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Die Mitgliederzahl war von 833 auf 864 gestiegen. Die Gesamteinnahme betrug 15581,60 M. (im Jahre 1910 12148,60 M.). Davon erhielt die Ortsgruppe 2337,23 M. An Unterstützungen wurden ausbezahlt: Krankenunterstützung 1417,05 M., Arbeitslosenunterstützung 742,85 M., Sterbeunterstützung 120 M., Umzugsunterstützung 15 M., Reiseunterstützung 3,50 M. An die Zentralkasse wurden abgeführt 10945,97 M. Für die streikenden und ausgeperrten Tabakarbeiter wurden 214,86 M. gesammelt.

Die Wohlfahrtsvereine unserer Ortsgruppe, Sterbe- und Kohleneinkaufskasse, haben sich auch im verfloßenen Jahre gut bewährt. An Sterbegeld wurden 1100 M. ausbezahlt. Die Kohleneinkaufskasse hatte einen Umsatz von circa 11000 M.

Auch bezüglich der Lohnbewegungen konnte erfreuliches mitgeteilt werden. Es fanden Lohnbewegungen statt: Niederd. Samt: Zahl der Arbeiter 250, Gesamtlöhnerhöhung 18 200 M. im Jahre. Samtschererer- und Appreturarbeiten der Firma Niederd.: erzielte Lohnaufbesserung für 69 Arbeiter 7893,60 M. im Jahre. F. L. de Ball Samt: Gesamtlöhnerhöhung für 220 Arbeiter 16016 M. im Jahre. Samtscherer und Appreturarbeiten der Firma Kochen: erzielte Aufbesserung für 63 Arbeiter und Arbeiterinnen 5896,80 M. im Jahre. Glanzgarnwinderinnen der Firma Niederd.: Lohnaufbesserung für 28 Arbeiterinnen 3203,20 M. im Jahre. F. L. de Ball Schererinnen: Lohnaufbesserung für 61 Arbeiterinnen 6344 M. im Jahre. Der durch diese Lohnbewegungen erzielte Gesamtgewinn beziffert sich auf circa 57000 M.

Bei der nun folgenden Wahl wurde der Vorsitzende per Akklamation einstimmig wiedergewählt. Auch erfolgte die Wiederwahl der übrigen Vorstandsmittelglieder mit großer Stimmenmehrheit.

Lörzsch. Unsere diesjährige Generalversammlung hatte erfreulicherweise einen sehr guten Besuch aufzuweisen und

verließ in allen Teilen anregend und schön. Aus dem Bericht des Kassierers ging hervor, daß auch in unserer Ortsgruppe ziemlich viel Unterhaltungen aller Art ausbezahlt wurden. Das Vermögen der Lokalkasse hat sich im letzten Jahre fast verdoppelt. Darauf verlas der Vorsitzende einen Geschäftsbericht vom Jahre 1911. Es wurden eine Anzahl Versammlungen, Sitzungen und Konferenzen abgehalten, wobei aber der Besuch oft noch besser hätte sein dürfen. Der Vorsitzende betonte, daß es nicht die eigentliche Aufgabe unserer Gewerkschaft sei, den Mitgliedern Unterhaltungen zu bezahlen, sondern daß die Hauptaufgabe darin bestehe, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen, wie § 8 unseres Statuts beweise. Deshalb sei es nötig, daß, wenn eine bessere Konjunktur einsehe, auch eine größere und intensivere Agitation entfaltet werde, denn als etwas selbstverständliches müsse es angesehen werden, daß bei einer guten Konjunktur die eingetragenen Verschlechterungen aller Art wieder ausgemerzt werden müssen, was wiederum bedinge, daß eine starke „Zentraltaffe“ die Rückendeckung übernehme. Deshalb sei es auch begreiflich, daß der Zentralvorstand wünsche, die Ortsgruppen möchten Lokalkassen einführen. In unserer Ortsgruppe sei dies momentan wohl nicht gut möglich, aber man müsse sich mit diesem Gedanken vertraut machen, denn die diesjährige Verbandsgeneralversammlung werde wohl mit großer Majorität solche Lokalkassen beschließen, was ja selbstverständlich nur wieder den Mitgliedern selbst zugute komme, namentlich wenn Kämpfe geführt werden müssen. Aber auch in sozialpolitischer Hinsicht würden große Aufgaben an uns im neuen Jahre herantreten, und dieselben könnten nur ermöglicht werden, wenn wir die Organisationen ausbauen und unsere Kasse stärken, mit anderen Worten, es müsse jeder Kollege und Kollegin ein Agitator werden, damit wir dann auf die Gewerbetreibenden- und Ortsgruppenwahl vorbereitet sind und auch Erfolge erringen können. Kein Kollege oder Kollegin soll zurückstehen und niemand den Einwand gebrauchen, „ich kann nicht“; es könne jeder etwas in der Agitation leisten, wenn der gute Wille vorhanden ist. Nur mit gutem Willen und Beharrlichkeit kommen wir zum Ziele. Im Anschluß an den Geschäftsbericht hielt uns der Kollege Kiefer einen kleinen Vortrag über: „Das Wirtschaftsleben im Jahre 1911“. Er teilte uns aber auch mit, wie in anderen Orten für uns durch die Organisation gearbeitet wurde, und was für Erfolge dabei herausgesprungen sind. Aus den Neuwahlen gingen hervor als zweiter Vorsitzender Kollege Leopold Maier; als Schriftführer Kollege Ludwig Herr; als Vertrauensmann Frieda Hoffmög; als Beisitzer Kollege Schmidt und Kollegin Maria Himmelsbach und als Revisoren die Kollegen Wilhelm Berger und Friedrich Strubich. Mögen nun alle treu und voll Zuversicht weiterarbeiten, damit wir auch im neuen Geschäftsjahre wieder einen Schritt vorwärts kommen.

Sitzungen. In unserer ziemlich gut besuchten Generalversammlung erstattete Kollege Höttinger den Kassenbericht. Die Jahreseinnahmen betragen 3237,80 M., wovon 2453,64 an die Zentrale abgeliefert werden konnten. An die Mitglieder wurden ausbezahlt für Krankenunterstützung 173,20 M. und 115,20 für Arbeitslosenunterstützung. Der Jahresbericht des Kollegen Wajmer betonte, daß auch in der Mitgliederzahl gegen das Vorjahr eine Zunahme zu verzeichnen ist, wenn auch nicht in dem Maße wie es wünschenswert gewesen wäre. Das Referat des Kollegen Kiefer wurde mit sichtlichem Interesse aufgenommen. Mögen nun im neuen Jahre alle unsere Mitglieder tätig mitarbeiten, damit wir unserem großen Ziele immer näher kommen.

Süchteln. Jahresbericht und Vorstandswahl waren die beiden Hauptpunkte, die unsere gut besuchte Generalversammlung vom 21. Januar zu erledigen hatte. Dem vom Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht entnehmen wir das Folgende: die Mitgliederzahl stieg von 303 am Schlusse des Jahres 1910 auf 401 am Schlusse des Berichtsjahres. Neu aufgenommen wurden 194, diesen standen 101 Austritte gegenüber. Es wurden deshalb Vorkehrungen getroffen, der Mitgliederfluktuation entgegen zu arbeiten. Die Gesamteinnahme belief sich auf 6880,70 M., davon wurden 3300 M. der Zentrale zugeführt. In Krankenunterstützung zahlten wir 426,20 M. an 45 Mitglieder. Trotzdem die Beschäftigung im vergangenen Jahre eine ziemlich gute war, wurden 848 Arbeitslosentage gezahlt. Ueber die Arbeitslosigkeit und die gezahlten Unterhaltungen gibt nachstehende Tabelle noch näheren Aufschluß.

Arbeitslosen-Unterstützungsberechtigte	Unterstützungsberechtigte	OS wurden
tage	Mitglieder	gezahlt
1. Quartal 345	18	178,00 M.
2. Quartal 66	7	33,00 "
3. Quartal 112	11	29,40 "
4. Quartal 365	16	139,10 "
Insgesamt 888	52	384,90 M.

Durch die Unterstützungsleistungen erhielten die Mitglieder 311,10 M. wieder direkt zurück. Auch auf dem Gebiete der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind wir erfolgreich tätig gewesen, dieses zeigen die Bewegungen, die im Berichtsjahre geführt wurden, und alle mit einem Erfolg endeten, worüber wir ausführlich im Verbandsorgan berichten. Den Krankentagenwahlen wurde volle Aufmerksamkeit zugewandt. Erwähnenswert ist noch das Referat der Krankentagenwahl bei der Firma Andreae. Dort hatten unsere Gegner es schon jahrelang verstanden, unsere Mitglieder von sämtlichen Posten auszuschalten. Nach einer planmäßig durchgeführten Agitation eroberten wir im Dezember alle nungewählten Vertreter. Dem Versammlungsleben steht ein großer Teil der Mitglieder noch teilnahmslos gegenüber, es ist jedoch begründete Aussicht vorhanden, daß auch in diesem Punkte Besserung eintritt. Im Berichtsjahre fanden sechs Mitgliederversammlungen statt, davon eine separat für Arbeiterinnen, ferner 19 Betriebsversammlungen. Der Vorstand hielt neun Sitzungen, je eine mit der Arbeiterinnen- und Agitationskommission, außerdem fünf Sitzungen mit den Vertrauensleuten ab. Zur Förderung der Weiterbildung unserer Mitglieder beteiligten wir uns an dem Arbeiterjournal. Auch nahmen zehn Mitglieder an dem sozialdemokratischen Arbeiterkurs (in Deutsch) teil. Da der Kursus während der Osterferien wieder stattfinden soll, können wir die Teilnahme an dieser sehr lohnlosen und praktischen Einrichtung unseren Mitgliedern nur dringend empfehlen. Der Lokalpresse wurden öfters keine Tagesnotizen betr. Arbeiterfragen zugeföhrt. Um den auch bei uns sehr fühlbar gemordeten Barockpreispöngerungen einen Damm zu setzen, propagiertes wir den Konsumvereinsgedanken. Nur noch wenige Textarbeiter brannten sich zu melden, und der Konsumverein für M. Glöblich und Umgebung wird in nächster eine Veranlassung erleiden. Mit dem Bewußtsein, daß auch im kommenden Jahre jeder seine Kraft in den Dienst unseres Verbandes stellen möge, schloß der Vorsitzende seinen Bericht. Nach einer ausgedehnten Debatte über die Arbeiten des verflangenen Jahres wurden nachstehende Kollegen neu- bzw. wieder in

den Vorstand gewählt: Joh. v. d. Rhydt, Joh. Schenkelberg, Peter Förster, Eberhard Lenders und Franz Kahlen.

NB. Kollegen, die dem Konsumverein noch beitreten wollen, mögen sich baldigt beim Kollegen Lenders anmelden. Ferner wird der Kassierer in Zukunft jeden Sonntag Morgen von 10-11 Uhr im Lokale von Porta zur Auszahlung der Unterhaltungen bereit sein.

Waals. Am Sonntag den 21. Januar cr., hielt unsere Ortsgruppe ihre Generalversammlung ab. Kollege E. Manns erstattete den Jahresbericht. Das Jahr 1911 hätte mit einer ziemlich schlechten Konjunktur im Mächener Bezirke angefangen, die auch den ganzen Sommer hindurch angehalten hätte. Es wäre nun eine traurige Tatsache, daß in einer schlechten Konjunktur gerade die dann so notwendige Gewerkschaftsarbeit gehemmt und die Agitation fast ganz lahm gelegt würde. Wenn wir die Umstände in Betracht zögen, könnten wir auf das verflangene Jahr doch mit Genugtuung zurückblicken. Die Erfolge, welche unsere Ortsgruppe Ende 1911 mit der Hausagitation gemacht hatte, konnten wir im Jahre 1911, was Mitgliederzahl angeht, fast vollständig auf der Höhe halten. Wir hatten Ende 1910 501, Ende 1911 496 Mitglieder. Zu berücksichtigen ist hierbei, daß viele von unseren Mitgliedern in letzter Zeit zu einem anderen Berufe übergegangen sind. Die Kassenverhältnisse konnten in diesem Jahre nicht als sehr günstig bezeichnet werden, besonders nicht für unsere Zentrale. Schuld war daran die Arbeitslosigkeit, die hervorgerufen wurde durch die schlechte Konjunktur, die bis zum Herbst dieses Jahres anhielt. Die Zentrale löste sich tröstlich, mit der Versicherung manchem Kollegen in schwerer Zeit geholfen zu haben. Nachdem Kollege Manns noch die Tätigkeit des Vorstandes, sowie der Agitationskommission klargelegt hatte, schloß er mit einem Dank an alle, welche mit dazu beigetragen hatten, daß wir am Schlusse 1911 das Jahr für unsere Ortsgruppe ein Gutes nennen können. Kollege P. Balkenberg staltete im Namen der Mitglieder dem Vorstand für seine vielen Mühen den wärmsten Dank ab. Aus der nun folgenden Vorstandswahl wurde anstelle unseres verzugenen, langjährigen Vorsitzenden Kollege Glück, Kollege Manns fast einstimmig gewählt. Die Kollegen Becker, J. Druten und Kloth wurden als Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Desgleichen ergab die Revisorenwahl, sowie die Wahl der Delegierten zum Ortsrat das nämliche Resultat wie im vorigen Jahre. Die Kollegen nahmen alle ihr Amt wieder an. Nach einer über interne Verhältnisse unserer Ortsgruppe, stattgehabten Diskussion schloß der Vorsitzende mit dem christlichen Gruß die gut besuchte und imposant abgelaufene Versammlung.

Weikersbach. Eine besonders wichtige Tagesordnung enthielt die uns von unserem Bezirksleiter zugegangene schriftliche Einladung zu unserer Jahresgeneralversammlung: Quartalsbericht, Rechenschaftsbericht des Vorstandes, Vorname der erforderlichen Neuwahlen und ein Referat unseres Bezirksleiters, Kollegen Müller. Dem Jahresberichte, erstattet vom Kollegen Karl Dennerlein, entnehmen wir, daß im vergangenen Jahre zehn Mitglieder- und sechs öffentliche Versammlungen sowie 17 Vorstand- und Vertrauenspersonensitzungen abgehalten wurden. An Kranken- und Arbeitslosenunterstützung wurden insgesamt ausbezahlt 172,60 M. Eine schon eingeleitete Lohnbewegung konnte deswegen nicht durchgeführt werden, weil anlässlich der Hofer Aussperrung, die insofern für die Arbeitererschaft nachteilige Folgen mit sich brachte, als die Unternehmer durch Maßregelungen von Vertrauenspersonen die Organisation der Arbeiter zu schwächen versuchte, eine Anzahl Arbeiter aus Furcht vor diesen Maßregelungen den Organisationen den Rücken kehrten. Die Wahl der Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Vorsitzender Georg Nagengast, Kassierer Karl Dennerlein, Schriftführer Joseph Dennerlein und Vertrauensmann Parkeatz Dennerlein. Alle gingen einstimmig aus der Wahl hervor. Kollege Müller dankte in herzlichen, amerkennenden Worten allen Verwaltungsmitgliedern für ihre uneigennütige und opferbereite Mitarbeit im vergangenen Jahre, forderte die Mitglieder zu reger Anteilnahme auf an der Aufklärungs- und Agitationsarbeit der Verbandsleitung und verbreitete sich dann in längeren, überzeugenden Ausführungen über die Notwendigkeit der obligatorischen Einführung von Lokalbeiträgen in unserem Verbands. Die Bedenken gegen die im Verbands geplante Neuerung verstand der Referent geschickt zu zerstreuen. Beschlossen wurde, erst in einer demnächst stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung endgültig zu der Frage Stellung zu nehmen.

Alle Mitglieder, gleichviel ob sie nun Freunde oder Gegner der Lokalbeiträge sind, müssen zur nächsten Versammlung vollgültig erscheinen. Für alle Mitglieder unseres Verbandes wie für die ganze Zukunft unserer Organisation steht außerordentlich viel auf dem Spiele, und darum müssen sich alle Mitglieder in den Versammlungen über diese wichtige Angelegenheit gründlich informieren.

Wärselen. Gines zufriedensstellenden Besuches erfreute sich unsere Generalversammlung am 23. Januar. Zu Punkt 1 der Tagesordnung erstattete Kollege Joseph Schümmer einen ausführlichen Jahresbericht, in welchem derselbe die Vorteile, welche unser Verband den Mitgliedern bietet, hervorhob. Auch empfahl er denselben in Zukunft, die Versammlungen fleißig zu besuchen, sowie die eingerichteten Geschäftsstunden zu beachten. Dem Kassierer wurde nach Verlesung des Kassenberichts Entlastung erteilt.

Bezirksleiter Kollege Weber ermunterte, anknüpfend an den Jahres- und Kassenbericht, die Anwesenden zur ferneren Bearbeitung für unseren christlichen Textarbeiterverband. Nach Beendigung der politischen Kämpfe müsse mit neuem Mut und neuer Begeisterung in die Agitation eingetreten werden. Auch dürfe es keiner unterlassen, sich zu schulen und an seiner Weiterbildung zu arbeiten.

Zu Punkt 2, Vorstandswahlen, erklärte Kollege Roderburg, welcher 13 Jahre lang Vorsitzender der Ortsgruppe war, daß er wegen Überlastung mit Arbeit nicht mehr in der Lage sei, den Vorsitz zu führen. Hierauf wurde einstimmig Kollege Schümmer als erster Vorsitzender und mit großer Stimmenmehrheit Kollege Heinrich Kiever als Kassierer, Kollege Christian Schneiders als Schriftführer, sowie Kollege Wilhelm Graf als Beisitzer gewählt. Alle Gewählten nahmen dankend an.

Warme Worte des Dankes und Anerkennung widmete Kollege Schümmer dem aus dem Amte scheidenden Kollegen Roderburg. Als sichtbare Anerkennung überreichte er demselben ein von der Ortsgruppe gestiftetes Diplom mit entsprechender Widmung. Im Namen des Zentralvorstandes dankt Kollege Weber dem Kollegen Roderburg für seine langjährige ausopferungsvolle Tätigkeit als Ortsgruppenvorsitzender. Er knüpft die Hoffnung hieran, daß Kollege Roderburg auch weiterhin dem neuen Vorstande mit Rat und Tat zur Seite stehen möge. Hierauf schloß der Vorsitzende mit einem Dank an die übrigen anwesenden Vorstandsmitglieder die ausregend verlaufene Versammlung.

Briefkasten.

Bremen. Eine Rückzahlung der für die Invalidenversicherung gezahlten Beiträge findet seit dem 1. Januar 1912 nicht mehr statt. Es sei denn, daß der Mann vor dem 1. Januar bereits gestorben ist. Dann kann die Frau eine Rückzahlung fordern. Sie muß ihre Rechte dann aber innerhalb eines Jahres geltend machen. Zu empfehlen ist die Rückforderung aber nicht. Die Frau hat jetzt ein Recht auf Witwenrente für jedes Kind unter 15 Jahren. War sie selbst versichert und hat sie ihre Anwartschaft aufrecht erhalten, kann sie Witwengeld beanspruchen.

Nach Gronau. Der Artikel kommt aus Forst. Er ist unter Gronau gebracht worden, weil er Vorkommnisse aus dem Orte behandelt.

Lobberich. Der Bericht blieb liegen, weil sich auf unserm Redaktionsstische ganze Stöße von Generalversammlungsberichten angeammelt haben. Wollten wir sie alle in der nächsten Nummer bringen, würden die 8 Seiten unserer Zeitung vielleicht gerade ausreichen. Dein Bericht teilt sein Los mit vielen anderen.

Kollege in Schw. Die Baumwollpreise schwanken sehr. Es kostete amerikanische „upland middling“, die hauptsächlich in Frage kommt, in Bremen am 1. Febr. 52 1/4, 14. Febr. 55 1/2 Pfennige.

Versammlungskalender.

- Ameru St. Georg. 25. Febr., 11 Uhr, bei Witwe Bernh. Clasen, Generalversammlung.
- Bocholt. 27. Febr., 1/9 Uhr, in „Stadt Münster“, Vertrauensmännerversammlung.
- 25. Febr., 10 Uhr, im Sekretariat, Langenbergstr., Abrechnung der Vertrauensmänner.
- Borghorst. 25. Febr., 11 Uhr, bei Franz Dwersteg.
- Coitbus. 25. Febr., 6 Uhr, im evangelischen Vereinshause, 6. Stiftungsfest.
- Dahlhausen-Wupper. 25. Febr., 2 Uhr, bei Heinz Ringel.
- Cynatten. 3. März, 7 Uhr, bei Andreas Bequeran, Generalversammlung.
- Gera. 2. März, 1/9 Uhr, im Lokale Kronprinz.
- Giefenbüsch. 25. Febr., 11 Uhr, im kath. Vereinshaus, Generalversammlung.
- M. Glöblich-Eick. 25. Febr., 6 1/4 Uhr, bei Heinz Nießen, Gieckenerstr. 101.
- M. Glöblich-Voll. 2. März, 1/9 Uhr, bei A. Randerath, am Speit, Bezirksversammlung.
- Breben. 25. Febr., 11 1/4 Uhr, bei Winnighoff, außerordentliche Generalversammlung.
- Sehn. 24. März, 6 Uhr, bei M. Bösch.
- Schnrnp. 24. Februar monatl. Abrechnung der Vertrauensmänner.
- Rheydt. 25. Febr., 11 Uhr, bei Albert Paffen, Dentrichenerstraße 35.
- Wärselen. 25. Febr., 10 Uhr, bei Kornel Schümmer, a. d. Kirche, Generalversammlung.

Bilanz

für das Geschäftsjahr 1911. 1. Januar bis 31. Dezember.

Aktiva.		Passiva.	
Kassenbest. am 31. Dez.	4023,81	Geschäftsgh. d. Mitgl.	7460,70
Sparkastenguthaben	11754,37	Reservefonds	6270,37
Warenbestand	9304,74	Kaution	100,—
Utenfilien	156,15	Warenschulden	—
Debitoren	380,—	Unkosten	600,—
Immobilien	10700,—	Hypothek	8100,—
		Hausanteile	1600,—
		Zinsen	303,70
		Kabatt	635,—
		Gewinn	5529,30
	36319,07		36319,07

Mitgliederbestand am 1. Januar 1911 251
 Zugang im Jahre 1911 46
 Abgang im Jahre 1911 durch Tod 2
 Abgang im Jahre 1911 durch Aufkündigung 5
 Abgang im Jahre 1911 durch Ausschluss 12
 Mühen Mitgliederbestand am 1. Januar 1912 278
 Die Haftsumme der Mitglieder beträgt 8340,— M.

Der Vorstand. Der Aufsichtsrat.
 Franz Gölbenbachs. S. A.: Heinz Rams, Vorf.
 Wilhelm Grütters.
 Wilhelm van Serven. (5,40 M.)

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:
 Joseph Schornstein in Brand.
 Wilhelm Timm in Delmenhorst.
 Mathias Busch in Bockum.
 Ehre ihrem Andenken!

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Der Einfluss der sozial-ethischen Erziehung auf die Volkswirtschaft. — Notwendigkeit und Bedeutung der geistigen Bildung des Arbeiterstandes. — Der neue Reichstag und die Sozialpolitik. — Die neue gesetzliche Lage der Hilfskassen. — Genfaktoren: Kettenlage und Kettenpannung beim Seidenwebstuhl. — Allgemeine Rundschau: Die „Berliner“ Streikmoral. — Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik und Landesverteidigung. — Die „neutralen“ Konsumvereine. — Die Zukunftsmarkte in der Invalidenversicherung. — Aus dem Reichshaushaltsetat 1912. — Als einen Sieg der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. — Zur Lohnbewegung der Bergarbeiter in Ruhrrevier. — Die Besteuerung der Konsumvereine. — Sozialdemokratie und Monarchie. — Das Gend der französischen Arbeiterpolitik. — Aus unserer Industrie: Vom Baumwollgeschäft. — Das Sportgeschäft der deutschen Konfektionsindustrie. — Aus dem Verbandsbereich: Aus unseren Bezirken: Die Agitation bei den Arbeiterinnen der Krefelder Textilindustrie. — Berichte aus den Ortsgruppen: Bamberg. — Bettrath. — Düsseldorf. — Emsbetten. — Fulda. — Glauchau. — Gerolshausen. — Giefenbüsch. — Lobberich. — Lörach. — Siedingen. — Süchteln. — Waals. — Weikersbach. — Wärselen. — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Bilanz. — Sterbe-Tafel.